ZECK

das info aus der roten flora
Nr. 93 | November 2000

Lufthansa

Der Alptraum vom Fliegen.

Er durfte Lufthansa-Komfort geniessen.

Andere nicht.

Am Freitag, den 28. Mai 1999 starb der sudanesische Asylbewerber Aamir Ageeb an Bord der Lufthansamaschine LH 558 nach Kairo. Aus Angst das Schicksal seines Bruders zu teilen, der im Sudan als politischer Gefangener im Gefängnis sitzt, wehrte er sich gegen die Abschiebung.
Drei Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS) hatten dem 30-jährigen einen Motorradhelm aufgesetzt, ihn an Händen und Füssen gefesselt, so dass er erstickte. Gegen die Grenzschützer ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen fahrlässiger Tötung.

Im August 1994 starb der Nigerianer Kola Bankole ebenfalls in einer Lufthansamaschine. Die Grenzschützer hatten ihn wie ein Paket verschnürt und ihm einen Strumpfknebel in den Mund geschoben. Ein Arzt gab ihm darüber hinaus eine Beruhigungsspritze. Der herzkranke Asylbewerber starb noch vor dem Start der Maschine auf dem Rhein-Main-Flughafen. Die Ermittlungsverfahren gegen die beteiligten Grenzschützer und den Arzt wurden eingestellt.

Widerstand gegen die rassistischen Abschiebungen!



Vorwort

In den Händen haltet ihr die randvolle Herbst-Zeck mit dem Schwerpunkt Antifa. Aufbauend auf dem Artikel, den wir in der letzten Ausgabe aus dem Antifaschistischen Infoblatt nachdruckten haben wir ein Gespräch mit drei Hamburger Antifas über die Strategien und Perspektiven von autonomer Antifa-Politik geführt. Zudem erreichte uns ein Artikel über die Naziszene Norddeutschlands, für den wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken wollen.

Das Plakat auf dem Titel entstammt der antirassistischen Kampagne gegen die Abschiebungen durch die Lufthansa (siehe auch unser September-Titel), dazu findet sich in diesem Heft eine Meldung der juristischen Gegenwehr des Kranich-Konzerns.
Und, nicht zuletzt:
Unser Vereinslokal, die Rote Flora, ist seit dem 1.11.00 seit elf Jahren besetzt!! Herzlichen Glückwunsch!!
Wir sind gespannt auf die kommenden elf Jahre!!

Inhalt:



Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

kurzes

Reclaim the location move 2 Gefährliche Orte – wir gehen hin!

Seit einigen Wochen hat die Polizei die Praxis der Verteilung von Platzverweisen gegenüber vermeintlichen Angehörigen der „offenen Drogenszene" massiv ausgeweitet. Die ohnehin seit Jahren praktizierte Strategie des „Die-Szene-auf-Trab-halten" führte zuletzt zu permanenten Überprüfungen vor allem unmittelbar an der Roten Flora. Während rundherum die meisten Menschen diese Kontrollen einfach nur hinnehmen, wenn nicht sogar gutheißen, wollen wir diese Praxis nach wie vor nicht unwidersprochen lassen. Ausgrenzung und Vertreibung sind Ausdruck einer Politik, die nicht die gesellschaftlichen Ursachen zum Thema macht, sondern nur deren Symptome als „Kriminalität" bekämpft. Mit dem Reclaim-the-location-move-2 möchten wir inhaltlich an die Aktionen, die es in der Vergangenheit hier dazu schon gegeben hat, anknüpfen. Das Motto „Gefährliche Orte – wir gehen hin!" bezieht sich auf die gängige Praxis der Sicherheitsbehörden, bestimmte innerstädtische Gebiete als „gefährliche Orte" zu benennen, um sie dann einer besonderen Überwachung und Kontrolle zu unterstellen. Viele solcher Orte sind tatsächlich „gefährlich" – allerdings nicht für die NormalbürgerInnen, sondern für diejenigen Personengruppen, die als Sicherheitsrisiko konstruiert werden. Im Schanzenviertel sind das hauptsächlich Schwarze, Angehörige aus der Drogenszene (bzw. Solche, die dafür gehalten werden) und Obdachlose, die ständiger Repression durch die Polizei ausgesetzt sind.

Wir laden daher zu einem neuerlichen demonstrativen Umzug durch das Schanzenviertel ein.

Schaut nicht weg, greift ein!
Freigabe aller illegalisierten Drogen!
Auflösung aller polizeilichen Sondereinheiten!

Samstag, 11. November 2000 ab 12.00Uhr vor dem Bahnhof „Sternschanze"

Muevete!

Beweg Dich!

Mexico/BRD 1999, 60 min

Mit einem konsequenten Blick von unten führt uns dieser Film durch Chiapas, fünf Jahre nach dem Aufstand der Zapatistas. Der mexikanische Bundesstaat befindet sich seitdem unter militärischem Belagerungszustand.

Die aufständischen indigenen Gemeinden setzen dennoch ihren Kampf um „Land und Freiheit" auf ziviler Ebene fort und organisieren sich mit Gruppen in ganz Mexiko. Das Filmkollektiv AK KRAAK begleitete Zapatistas und UnterstützerInnen bei Treffen, Demonstrationen und Aktionen, läßt streikende StudentInnen, GewerkschafterInnen und internationale BeobachterInnen zu Wort kommen und zeichnet so ein lebendiges Bild des anderen, des widerständigen Mexikos.

Film und aktuelle Informationen zu Chiapas:
Dienstag, 14. November & Dienstag, 28. Nov. 2000, 20.30 Uhr
B-Movie, Brigittenstraße 5

Einladung zu einer Informationsveranstaltung mit mobilisierendem Charakter Was von Nizza übrigbleibt ...

Am 07. Und 08. Dezember findet in Nizza der nächste EU-Gipfel statt. Dort werden von den Staats- und Regierungschefs die Leitlinien der künftigen Arbeit der EU-Institutionen sowie der Mitgliedsstaaten bestimmt.

In Nizza wird es vor allem um die Neustrukturierung der EU-Gremien in Hinblick auf die Osterweiterung gehen (zwölf Kandidaten stehen bereits auf der Warteliste).

Weiterhin will sich die EU durch die Aufwertung der WEU einen eigenen militärischen Arm zulegen, um künftig noch besser „intervenieren" zu können. Ungefähr 60.000 Soldaten sollen nach Krisenherden Ausschau halten und für „europäische Identität" sorgen.

Außerdem wird über die Charta der Grundrechte der EU verhandelt. Noch ist unklar, ob sie wirklich verbindliches Recht wird, aber beruhigend zu wissen, daß das recht ein Unternehmen zu gründen gesondert aufgeführt wird.

Wir wollen mit dieser Veranstaltung über Inhalte des Gipfeltreffens informieren und im Anschluß kurz auf Gegenaktivitäten hinweisen. Wahrscheinlich wird es eine Infowand zu den Ereignissen in Prag geben.

Es wird auch über das Projekt Gratiszug informiert!

Donnerstag, 09. November im Kölibri
Beginn 20.00Uhr
Eintritt frei

„Ab einer Million bist du kein Kanake mehr."

Diskussionsveranstaltung von Kanak Attak in Kooperation mit „Umdenken e.V."

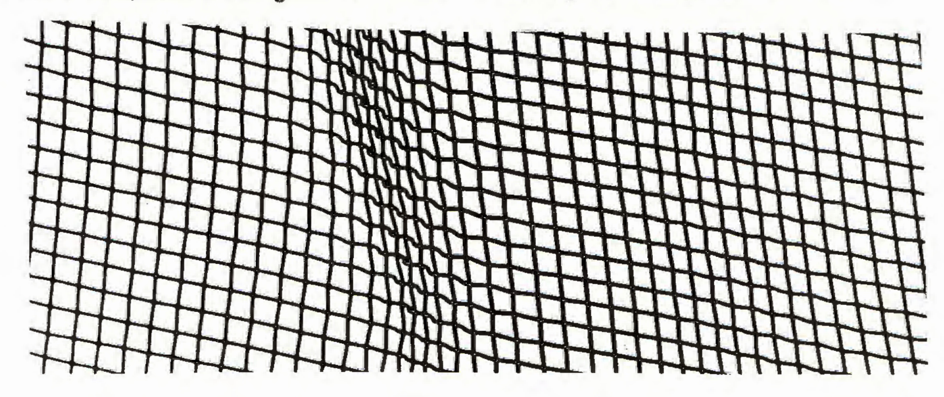
Mit den Debatten um die Green Card ist spätestens deutlich geworden, daß hierzulande neben der Ausgrenzung von MigrantInnen auch ihre Einbeziehung sogar in den Arbeitsmarkt möglich ist, auf dem die hochdotierten Jobs winken. Und auf einmal wendet sich auch der Arbeitgeberpräsident gegen den rassistischen Mob. Doch genau besehen existiert diese Form des Einschlusse schon länger. Relativ neu dagegen ist der Medien-Hype um kanakische Erfolgsgeschichten.

Ist die Existenz von „erfolgreichen" Kanaken der Anfang vom Ende des Rassismus in Almanya, ein Zeichen für sukzessive Assimilation? Enden rassistische Anmache und bürokratische Hürden für die sogenannten Ausländer, wenn sie ein bestimmtes Monatsgehalt haben oder InhaberInnen lukrativer Unternehmen sind? Wie haben sich Communitiy-Strukturen und deutsche Gesellschaft in den letzten Jahren verändert?

Mit vier Gästen, in Hamburg lebende MigrantInnen, die „es geschafft haben", wollen wir diese und andere Fragen diskutieren.

Kanak Attak Hamburg besteht als Teil des bundesweit agierenden politischen Zusammenschlusses seit anderthalb Jahren. Dies ist die dritte Veranstaltung, mit der wir vor Ort kanakische Kultur und Politik präsentieren.

23. November 2000, 19.30 Uhr
Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 2



Bis der letzte Vorhang fällt !

Dies ist ein Aufruf an alle uns Informationen jeglicher Art jeglicher Art über die sogenannte P-Schicht (oder genauer Gruppe zur Präsenzverstärkung) zu kommen zu lassen.

Informationen heißt für uns, das wir an allen Vorfällen und Einsätzen interessiert sind, an denen die P-Schicht beteiligt ist oder war.
Also an :

- Auffälligen oder rassistischen Kontrollen von nicht deutschen Menschen (egal ob im Rahmen von Einsätzen zur sogenannten „Drogenprävention" oder anderen)
- Auffälligen Kontrollen von DrogenkonsumentInnen
- Kontrollen von Menschen im Zusammenhang mit Plakatierungen (politischen oder anderen)
- Festnahmen oder Ingewahrsamnahmen von Menschen im Zusammenhang mit politischen Aktivitäten
- Tatsächliche oder versuchte Kontaktaufnahmen durch Beamte der P-Schicht (Diese Kontaktaufnahmen können unterschiedliche Gründe haben und vom einfachen registrieren (wir kennen Dich!) bis hin zu konkreten Ansprechversuchen zur Informationsbeschaffunge gehen)
- Einsätze von Beamten der P-Schicht in und um die Rote Flora (Veranstaltungen, Konzerte, etc.)
- Direkte Informationen über die P-Schicht oder einzelne Beamte (z.B. Größe der Einheit, Auftrag, Namen, Dienstgrade, etc.)

Diese Informationen sollten so genau wie möglich sein. Also Erinnerungsprotokolle mit genauem Datum, Uhrzeit , Beschreibung der Beamten, Namen der Beamten, was wurde gesagt, Drohungen, etc.

Achtet bitte darauf, daß die Protokolle auf der anderen Seite keine strafrechtlich relevanten Informationen enthalten, die gegen euch oder andere verwendet werden könnten (Sie sollten auch keine Namen von anderen beteiligten Personen außer den beteiligten Beamten enthalten. Und natürlich sollten diese Informationen anonym versendet werden.)

Diese Informationen könnt ihr an den Schwarzmarkt
c/o Antirepressionsgruppe Schanzenviertel
Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Schicken oder direkt in das dort eingerichtete Fach stecken.

Gründe für eine äußerst kritische Betrachtung der P-Schicht gibt es nach unserer Ansicht mehr als genug.(Genau wie schlechteste Erfahrungen mit der Vorgängerformation der Einsatz Schicht [E-Schicht]).

Die P-Schicht ist eine zivile Sondereinheit, die im Schanzenviertel operiert und der Polizeiwache 16 zugeordnet ist.
Sie soll sich Orts- und Milieukenntnisse aneignen und vermeintlich aktive Personen erkennen.
Von Anfang an gab es personelle Kontinuitäten zwischen der P-Schicht und ihrer, erst nach massiven politischen Druck aufgelösten Vorgängerformation der E-Schicht.
Im Unterschied zur E-Schicht soll die P-Schicht jedoch nicht mehr explizit nur gegen die Politszene eingesetzt werden, sondern vor allen gegen die Drogenszene im Schanzenviertel.
Die Erfahrungen mit solchen geschlossenen zivilen Sondereinheiten zeigen, daß die ihnen zu geschriebene „Effektivität und Entschlossenheit" zu einem besonderen Chordenken und Elitebewußtsein führt.
Vor diesem Hintergrund wird immer deutlicher, daß die P-Schicht eine Einheit mit dubiosen Auftrag ist, die losgelöst von interner Kontrolle, bezüglich ihrer Strategien und Konzepte ein Eigenleben entwickelt.

Mit dem ihr eigenen „Korpsgeist" versucht die P-Schicht ihren Feldzug für eine sauberes Viertel durch zu setzen. Sauber heißt in diesem Zusammenhang:

- Vertreibung der sogenannten Drogensszene (ungeachtet der Tatsache, daß es kein auch nur annähernd sinnvolles drogenpolitisches Konzept gibt)
- Kontrolle von nicht deutschen Menschen im Rahmen der heutigen restriktiven Ausländerpolitik der BRD und die Ahndung von Verstößen gegen die Ausländergesetze.
- Aufklärung, Einschüchterung und Bekämpfung der linken und linksradikalen Strukturen

Bei der Durchsetzung dieser Ziele, ist der P-Schicht ihr eigener „legaler" Rahmen zunehmend egal. So werden Einsätze ohne rechtliche Grundlagen durchgeführt. Tatvorwürfe konstruiert. Eingeschüchtert. Mißhandelt. Und, und....

Betroffen von dieser Einheit sind vor allem vermeintliche Angehörige der Drogenszene oder Schwarze, die aufgrund ihrer Hautfarbe offenbar grundsätzlich der Dealerei verdächtigt werden.
Die Spitze des Eisberges, die in diesem Zusammenhang bekannt wurde, ist der gewalttätige Übergriff auf Alimang Sawo. Er wurde von Uwe Engelbrecht und Carsten Schwertfeger, zwei Ex E-Schicht-heute P-Schicht-Bullen als Dealer verdächtig und vor der Roten Flora kontrolliert. Im Anschluß an die Kontrolle wurde Alimang Sawo von eben diesen Bullen verschleppt und mißhandelt.
Es kann aber mit ziemlicher Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Dunkelziffer unbekannt gebliebener Mißhandlungen in diesem Milieu wesentlich höher ist. Insbesondere weil schwarze MigrantInnen häufig nicht die Möglichkeit haben solche Vorfälle öffentlich zu machen.

Aber auch bei der Verfolgung von linken und linksradikalen Strukturen wird das besondere Interesse dieser Bluthunde deutlich. Bereits im Vorfeld strafrechtlich nicht relevanter Aktionen und Veranstaltungen, schnüffelt und observiert die P-Schicht in nachrichtendienstlicher Manier im Stadtteil. Ohne konkreten Anlaß werden Personen aus dem Schanzenviertel so zu virtuellen Täterkreisen konstruiert und im Alltag beobachtet.
Menschen, die Umstrukturierungsprozesse im Stadtteil nicht widerstandslos hinnehmen wollen oder die sich politisch gegen Drogenverbote und Platzverweise positionieren, erfahren schnell eine besondere Aufmerksamkeit durch die Beamten der P-Schicht.
Mit konstruierten Tatvorwürfen, wie z.B. Widerstand und Nötigung, versuchen die P-Schichtler dann Menschen einzuschüchtern.
Auf diese Weise soll legitimer Widerstand und eine kritische Öffentlichkeit kriminalisiert werden.

Aus diesem Grund fordern wir Betroffene auf uns ihre Erfahrungen zugänglich zu machen. Alle andern fordern wir auf den Bütteln auf die Finger zu schauen und einzugreifen.

Informationen sind eine Waffe !

Schaut nicht weg ! Greift ein !

Auflösung aller polizeilichen Sondereinheiten !



Schill: Zusammenlegung mit OZ knapp gescheitert.

Freitag, der 13. Oktober 2000 war für Ronald Schill wirklich kein Glückstag. Der Amtsrichter kassierte eine Geldstrafe über 120 Tagessätze wegen Rechtsbeugung durch die 3. Kammer des Landgerichts. Das Gericht war damit zwar unter der von der Staatsanwalt beantragten Bewährungsstrafe von 7 Monaten geblieben, sollte das Urteil Rechtskraft erlangen, wäre Schill allerdings zumindest vorbestraft. Schill selbst fiel dazu nur noch ein, dass die Seilschaften der Alt-68er sogar in der ihn verurteilenden Kammer säßen: politische Analyse a lá Schill, denn der Vorsitzende Richter Göhlich ist stramm konservativ und CDU-Mitglied. Mit diesem Urteil hat das Gericht unter Göhlichs Vorsitz die Quadratur des Kreises geschafft: der selbst nach den Maßstäben bürgerlicher Klassenjustiz allzu selbstherrlichen Willkür Schills wurde ein Dämpfer verpaßt, Schill bleibt dafür der Ausschluß aus dem Richteramt wegen einer zu hohen Verurteilung erspart. Das vermeintlich liberale und unabhängige Image der Hamburger Justiz wäre gerettet.

Jenseits der juristischen Einschätzung beginnen in politischer Hinsicht für Schill die Probleme mit dieser Verurteilung größer zu werden. Nachdem bereits zwei führende Funktionäre der P.R.O.-Partei wegen Vorstrafen von ihren Ämtern zurücktreten mußten, ist Schills Ruf angekratzt. Aus seiner Sicht fast noch schlimmer sind die an Heftigkeit zunehmenden Querelen innerhalb seiner Partei. Die P.R.O. entpuppt sich mehr und mehr als ein Sammelbecken für gescheiterte Möchtegernpolitiker, die aus der rechtspopulistischen Stimmung in der Bevölkerung für Schill eigenes machtpolitisches Kapital ziehen wollen. Seit zwei Wochen werden diese wenig öffentlichkeitswirksamen Auseinandersetzung über die Mopo und das Hamburger Abendblatt ausgetragen. Seinem Ziel, Innensenator in Hamburg zu werden, schaden diese Konflikte, denn wettmachen kann Schill das miese Erscheinungsbild seiner Partei nur durch ein aggressiveres Auftreten in der Öffentlichkeit. Damit wird er zwar dafür sorgen, daß der anstehende Bürgerschaftwahlkampf insgesamt weiter nach rechts abdriften wird und er die 5%-Hürde schafft. Die Ernennung eines Roger Kusch als sicherheitspolitischer Berater der CDU, einem ultrarechten Law-and-Order-Fetischisten (übrigens Oberstaatsanwalt beim BGH!), der inhaltlich von Schill kaum zu unterscheiden ist und deswegen potentielle Schill-Wähler an die CDU binden soll, belegt diese Verschiebung der Inhalte (noch) weiter nach rechts. In dieser Konstellation treibt Schill seinen Wunschpartner, die CDU, trotzdem eher in die Arme einer großen Koalition mit der SPD. Und Schill würde dann zwar – egal ob mit rechtskräftiger Verurteilung oder nicht – in die Bürgerschaft einziehen, müßte sich dann jedoch als Oppositionspolitiker den Hintern platt sitzen. Und so hätte sich Schill seine Politkarriere bestimmt nicht vorgestellt. Daher spricht einiges dafür, daß Schill vielleicht den Kram noch vor dem Beginn des heißen Wahlkampfs hinschmeißen wird. Wetten...?!
Kba.



10.NOVEMBER 2000, 13.10 UHR, AMTSGERICHT HH (Sievekingplatz 3), ZIMMER 297, 1.STOCK

Am 8.Mai 2000 (ca.19.45), kurz nach den legendären Maiunruhen vor,in und um die Rote Flora, »kontrollierten« an der S-Bahn Sternschanze vier Zivilbeamte einen Schwarzen. Eine Anwohnerin mischte sich brüllend in die Kontrolle und wurde kurzerhand von eiligst herbeigerufener Artillerie zur Sedanwache verschleppt. Für Aufregung während der Festnahme sorgte ein Fotograf, der in heldenhaftem Einsatz die Aktion in Bilder bannte, dann jedoch samt Aufnahmen sang- & klanglos im Jungle verschwand...
Der Festnahme folgte eine Anklage wegen versuchter Körperverletzung, Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.
Während das deutsche Volk, geeint im antifaschistischen Kampf, den ZORRO in sich spürt, werden vor deutschen Gerichten Prozesse gegen Menschen geführt, denen vorgeworfen wird, gegen die Residenzpflicht verstoßen zu haben.
Dieses Gesetz schreibt Flüchtlingen vor, dass sie den Landkreis, in dem sie gemeldet sind, nicht verlassen dürfen.
So sollte z.B. Cornelius Yufanyi Mitglied von The Voice of Afrika sich am 12.Oktober vor dem Amtsgericht Worbis dafür verantworten, dass er ohne Erlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde am Kongress der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen teilgenommen hatte. Die Karawane erklärte auf diesem Kongress eine Kampagne gegen die Residenzpflicht zu ihrem Schwerpunkt, da durch dieses Gesetz »praktisch jeder Flüchtling daran gehindert wird jemals an irgendeiner politischen Aktivität teilzunehmen, geschweige denn irgendein ihm zustehendes Recht auf soziokulturelle oder politische Äußerungen in Deutschland auszuüben.«
Josemaria Jones (The Voice) soll wegen mehrfachem, politisch motiviertem Verstoßes gegen die Residenzpflicht abgeschoben werden. Er stelle eine Gefahr für »die öffentliche Sicherheit und Ordnung« dar, heißt es in der Anordnung. »Eine Ahndung mit allen Mitteln durch die Behörden ist geboten, um andere Ausländer von einem ähnlichen Fehlverhalten abzuhalten.«
Anfang Oktober 2000 stürzten in Hamburg zwei Afrikanerinnen (African Refugees Association), die sich dort ohne Reiseerlaubnis aufhielten, beim Versuch sich einer Polizeikontrolle zu entziehen aus dem 4. Stock und verletzten sich schwer. Beide sind, sobald sie für transportfähig erklärt worden waren, in den Zwangsaufenthaltsort zurückgeschoben worden.
Rassistisch motivierte Kontrollen durch die Polizei, bei denen es um Verstöße gegen die Residenzpflicht geht, sind alltäglich. So werden insbesondere Bahnhöfe der DB, aber auch z.B. die S-Bahn Sternschanze ständig überwacht.

Wer Kontrolleure kontrolliert wird kriminalisiert. Versuche den rassistischen Blick der Polizei und die Auswirkungen der rassistischen Gesetze zu durchkreuzen können nicht geduldet werden.
Die Kontrollen als Teil des alltäglichen staatlichen Rassismus in Deutschland sind und bleiben trotz oder gerade wegen des staatlich verordneten Antifaschismus unangetastet. Ebenso wie die Residenzpflicht, Flughafenverfahren, Abschiebeknäste, das Ausländergesetz...
Weckt das nicht auch den ZORRO in dir ?

UM MASSENHAFTES ERSCHEINEN ZUM PROZESS WIRD DRINGEND GEBETEN!

»... viele Leute können nicht damit umgehen, dass Autonome nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch zum Thema Antifaschismus haben«

Aus Anlass der breiten öffentlichen Debatte über Antifaschismus und Strategien gegen Rechts haben wir - die Zeck-Redaktion - mit drei Hamburger Antifas (A, B, C) über die Situation und Perspektiven antifaschistischer Politik gesprochen.

X: Nach dem Anschlag auf eine Gruppe jüdischer SprachschülerInnen in Düsseldorf in diesem Sommer gab es in den bürgerlichen Medien eine breite Diskussion über Strategien gegen den Rechtsextremismus. Von Seiten der Antifa war praktisch nichts zu hören. Woran liegt das?

C: Ich glaube, das wurde tatsächlich erst mit dem Anschlag in Düsseldorf zum Mainstream, aber ohne einen Vorfrühling wäre das auch gar nicht zu diesem Sommer gekommen. Und in diesem Vorfrühling war es schon so, dass von Linken und Antifas mehr Inhalte in die Debatte reingebracht werden konnten. Ich denke, dass viele Leute, die sich zu diesem Thema geäußert haben, sich vorher bei Antifa-Gruppen auch informiert haben. Durch diesen Anschlag in Düsseldorf ist das Ganze zu einer staatlichen Diskussion geworden, in der sich jeder Hulli-Gulli bemüßigt sah, sich zu äußern und in der dann Zwischentöne und interessante Beiträge kaum mehr Relevanz hatten.

X: Mein Eindruck war nicht, dass es an fundierten Beiträgen fehlte. Die gab es beispielsweise in Form von langen Hintergrundartikeln in der FR oder auch in der Antifa-Debatte in der Jungle World. Es war nur so, dass sich die autonome Antifa weder in den Debatten, noch in Form von den Hintergrundartikeln selbst geäußert hat. Und das, obwohl sie in den letzten 10 Jahren das Thema gegen das Desinteresse des Mainstreams kontinuierlich bearbeitet hat.

B: Ich denke man muss den Vorlauf sehen. Mit der rot-grünen Regierung hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. So hat beispielsweise Außenminister Fischer in einer Rede vor Botschaftsangehörigen formuliert, dass eine wichtigere, aggressivere Rolle Deutschlands nur dann außenpolitisch vertretbar sei, wenn es gelingt, innenpolitisch für Ordnung zu sorgen. Damit meint er die ganze Sicherheits- und Ordnungs-Debatte, zu der aus seiner Position auch der Umgang mit den Neonazis gehört. Ich glaube schon, dass im Vergleich zu Kohl-Regierung da ein Paradigmenwechsel stattgefunden hat, indem ein Feld besetzt wurde, was vorher im Grunde nur von Antifas bearbeitet wurde. Damit wird es natürlich schwieriger, dieses Feld alleine von Seiten linker oder autonomer Antifa zu besetzen..

Y: Aber wie bewertet ihr die öffentliche Thematisierung? Du sagst »jeder Hulli-Gulli« und du bringst es in Verbindung mit der veränderten außenpolitischen Rolle Deutschlands. Bewertet ihr die neue Situation als positiv und sagt aber, das hat mit unserer Politik nichts zu tun, wir machen einfach weiter wie bisher, oder haltet ihr die öffentliche Thematisierung eigentlich für unglaubwürdig und bewertet sie daher negativ?

A: Ich halte die Thematisierung auf jeden Fall für zweischneidig. Einerseits ist das Thema »Neonazis« plötzlich fett in die Presse gekommen, was natürlich längst überfällig war und in Einzelfällen wurden da in der bürgerlichen Presse auch ganz vernünftige Positionen vertreten. Aber auf der anderen Seite lief die Thematisierung sehr schnell in die Richtung eines »Standort-Antifaschismus«. Da wurden die Nazi-Angriffe problematisiert, weil sie den »Wirtschaftsstandort Deutschland« gefährden würden, oder es wurden in der Greencard-Debatte die ökonomisch nützlichen AusländerInnen von den unerwünschten, weil ökonomisch nicht verwertbaren getrennt.

Vom Praktischen her bietet die Thematisierung natürlich einen guten Ausgangspunkt und für unserer Gruppe kam das gesteigerte öffentliche Interesse zu einem Zeitpunkt, als wie eh überlegt hatten gegen die Nazi-Strukturen an Punkten vorzugehen, die jetzt plötzlich auch staatlicherseits angegangen wurden: ihre Postfächer, ihre Websites. Hier ist uns unser Handlungsansatz plötzlich und unvermutet von staatlicher Seite abgenommen worden, was uns natürlich erst mal etwas ins Leere laufen ließ.

X: Und wie seht ihr anderen das? Teilt ihr diese doch recht pessimistische Einschätzung?

C: Ich würde dem widersprechen. Ich denke chronologisch war es so, dass zu Beginn dieser Sommerloch-Debatte viele fundierte Beiträge kamen. Und diese Beiträge kamen vor allem von Leuten, die sich nicht gescheut haben, sich bei antifaschistischen Initiativen, autonomen Anitfas usw. ihre Informationen zu besorgen. Zu nennen wäre da z.B. Thierse, der schon seit Jahren vernünftige Sachen zu den sog. »national befreiten Zonen« gesagt hat und der - vielleicht weil er im Osten auch eine andere Arbeit mitgekriegt hat - auch progressivere Initiativen wie die Antonio-Amadeu-Stiftung1 unterstützt hat, deren politische Analyse gar nicht so weit von unserer entfernt ist. Zu nenne wäre da sicher auch Annette Kahane von der Antonio-Amadeu-Stiftung. Solche Leute haben schon sehr früh gesagt, dass die Nazi-Übergriffe kein Standortproblem sind, sonder dem Rassismus in Deutschland geschuldet sind. Solche Positionen wurden zu Beginn der Debatte aufgenommen. Spätestens aber mit dem Anschlag in Düsseldorf hat die Debatte eine andere Dynamik bekommen. Kurz danach gab es ja auch die ersten Diskussionen um ein NPD-Verbot. Ich glaube, das hatte etwas damit zu tun, dass das Thema Rassismus wieder aus der Diskussion genommen werden sollte. Vorher war es so, dass die Anschläge oft in einen engen Zusammenhang mit einer rassistischen Stimmung gestellt wurden und dieser Rassismus - das gesellschaftliches Problem, das aus der Mitte der Gesellschaft kommt, das auch gesellschaftlich gelöst werden muss - beschrieben wurde. Darin zeigte sich auch eine oppositionelle oder zumindest kritische Haltung gegenüber dem staatlichen Rassismus.

Nach Düsseldorf ging es dann praktisch nur noch um Neonazis und Gewalt, was die Gewalt der Neonazis letztlich entpolitisierte. Diese Konzentration auf die losgelöste Gewalt kulminierte schließlich in der Forderung nach einem NPD-Verbot. Das NPD-Verbot wird, wenn es denn dann einmal umgesetzt werden sollte, für die Neonazi-Szene und für den Rassismus in Deutschland keine Bedeutung haben. Aber dadurch, dass suggeriert wird, die NPD sei das Problem, fallen die anderen Ursachen wie z.B. der Rassismus komplett aus der Debatte.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei den antisemitischen Anschlägen beobachten. Vor den Anschlägen um den Wiedervereinigungstag gab es immer wieder Mahnungen, man dürfe den Antisemitismus nicht aus den Augen verlieren. Jetzt wird der Antisemitismus auf ein Sicherheitsproblem reduziert. Schlimm ist nicht mehr der Antisemitismus, schlimm ist es, dass jüdische Einrichtungen nicht richtig geschützt werden können. Es wir also wieder zu einem entpolitisierten Sicherheits- bzw. Gewaltproblem. Ich glaube, dass wir als autonome oder unabhängige

Antifas in diesen Debatten irgendwann keine Relevanz mehr hatten, die wir zu Beginn der Debatten durchaus noch hatten.

Nazi-Mobilisierungen

X: Kommen wir nun von der Einschätzung der allgemeinen Situation zum Problem der zunehmenden Nazi-Aufmärsche: Obwohl es zu einzelnen Anlässen gelungen ist, mehrere Tausend Leute aus einem breiten politischen Spektrum gegen die immer häufiger werdenden Nazi-Aufmärsche zu mobilisieren, wurde das immer wieder von der Antifa propagierte Ziel, den Aufmarsch zu verhindern bzw. ihn effektiv anzugreifen nie erreicht. Haltet ihr es für sinnvoll, dennoch an dieser Strategie festzuhalten?

B: Auch hier würde ich sagen, dass sich die Situation in den letzten Jahren gewandelt hat. Es war ein langer, schmerzlicher Prozess für die autonomen Antifas zu erkennen, dass es nicht mehr möglich ist, Neonazi-Aufmärsche aus eigener Kraft zu verhindern. Darüber haben natürlich Diskussionen stattgefunden. Inzwischen hat sich aber doch die Erkenntnis durchgesetzt, dass es besonders auch angesichts des riesigen Bullenaufgebots, mit dem diese Aufmärsche abgeschirmt werden, nicht mehr möglich ist dagegen irgend etwas militant zu tun. Ich denke heute wird kaum mehr jemand die Position vertreten, wir könnten das noch aus eigener Kraft schaffen. Die Erkenntnis wird sich durchsetzten, dass wir andere Wege und Formen finden müssen, um auf das Phänomen Neonazi-Aufmärsche zu reagieren.

X: Was wären das für Wege und Formen?

B: Eine Konsequenz ist, sich wieder stärker auf Bündnis-Arbeit zu konzentrieren. Ich halte das auch für richtig. Neonazi-Aufmärsche sind in der momentanen Situation nicht mehr zu unterbinden, und daher muss man gucken, wie man seine Inhalte bei solchen Anlässen dennoch auf die Straße bekommen kann. Man kann nicht mehr alleine auf ein Verhinderungskonzept setzen - auch wenn wir uns natürlich immer freuen, wenn das dann trotzdem mal gelingt.

C: Ich denke, die autonome Antifa hat da in den letzten Jahren vielleicht den Zug verschlafen. In Erinnerung an die Stärke früherer Jahre, als es noch gelang, Nazi-Aufmärsche aus eigener Kraft zu verhindern, wurden die Reaktionen der Bullen nicht ausreichend berücksichtigt. Heute ist es nicht mehr möglich, solche Aufmärsche aus eigener Kraft zu verhindern. Ich denke, die Beispiele, bei denen Aufmärsche angegriffen oder blockiert oder sogar verhindert worden sind, wie in Altona im Juli, das ist eher eine Melange gewesen aus Polizeiinteressen und einer »Verbrüderung« oder »Verbündnissung« zwischen organisierten und unorganisierten Antifa, Migrantenjugendlichen und empörten BürgerInnen etc. auf die der Polizeiapparat nicht so schnell reagieren konnte. Wenn wir es schaffen gegen solche Neonazi-Aufmärsche mal Punkte zu machen, dann liegt das daran, dass da halt Lücken waren, die dann genutzt werden konnten. Das hat nichts damit zu tun, dass die Antifa in der Situation eine besondere Stärke hatte. Im Gegenteil, im Moment ist die Hamburger Antifa gar nicht in der Lage aus ihren Strukturen eine offensive Politik nach außen zu tragen.

B: Ich glaube, wenn es gelingt, Neonazi-Aufmärsche in nächster Zeit zu verhindern, dann wird das aufgrund politischen Drucks passieren.

Y: Das mein ihr mit »nicht aus eigener Kraft«?

B: Ja, der politische Druck muss entwickelt werden und das ist die einzige Chance, gegen diese Neonazi-Aufmärsche etwas zu machen.

A: Ich denke, dass es auch schon seit geraumer Zeit so ist, dass diese Parole »Nazi-Aufmärsche verhindern« eigentlich nicht mehr im Raum steht. Mag sein, dass die immer wieder auf Flugblättern verwendet worden ist, aber in der Praxis ist es doch so, dass man hingeht, einfach, weil man die Nazis nicht unkommentiert marschieren lassen will. Wir sind maximal noch in der Lage zu stören und das wird ja auch zurecht immer propagiert. Was aber viel problematischer ist, ist dieses ewige Reagieren, und sich den Terminkalender praktisch von den Nazis diktieren zu lassen. Daher wurde in letzter Zeit auch vermehrt überlegt, wie es gelingen kann auch selber wieder aktiv Punkte zu setzen und trotzdem die Aufmärsche nicht ganz unkommentiert zu lassen.

Y: Ich würde ja behaupten, dass die Unzufriedenheit nicht nur daher kommt, die Nazi-Aufmärsche nicht verhindern zu können, sondern dass es da ein Mißverhältnis zwischen Strategiedebatte und Information gibt. Ihr sagt jetzt ziemlich deutlich, dass ihr es nicht für möglich haltet, diese Aufmärsche zu verhindern, aber viele der Nicht-Organisierten gehen genau mit diesem Ziel im Kopf hin, weil das ja auch in den Flugblättern steht. Eure Einschätzung wird ja eher nicht öffentlich vertreten. In der konkreten Situation ist es dann so, dass die Nicht-Organisierten vor den Absperrungen stehen und sich auf die Antifa-Strukturen verlassen, von denen dann nichts zu sehen ist.

A: Diesen Eindruck kann ich aus meiner Sicht so nicht bestätigen. Eigentlich müssten die meisten Leute doch auch inzwischen mitbekommen haben, dass es in Hamburg eigentlich kaum mehr solche Antifa-Strukturen gibt, auf die man sich verlassen könnte.

C: Es gibt aber auf der anderen Seite auch noch Antifa-Gruppen, die genau das Konzept, den Aufmarsch anzugreifen in der Vorbereitung propagieren. Und die haben dort oft eine Dominanz oder versuchen sich durchzusetzen. Zumindest verbal nach außen wird diese Position nach wie vor durch Flyer und Parolen noch transportiert. Ich denke aber das ist eine komplette Selbstüberschätzung dieser Gruppen, die immer noch glauben, da ein Rädchen am Wagen drehen zu können. Das kommt vielleicht auch von einer anachronistischen Mystifizierung der eigenen Stärke oder aber daher, dass die Leute - wenn man es mal böse sagt - nie aus ihrem Sumpf rauskommen. Ich denke es gibt da durchaus eine Auseinanderentwicklung innerhalb der Hamburger Antifa-Szene. Ein Teil der länger arbeitenden Antifa-Gruppen versucht eher aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine Weiterentwicklung der Antifa-Politik voranzutreiben - in Bündnissen etc.. Aber viele Leute können auch nicht damit umgehen, dass Autonome plötzlich nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch zum Thema Antifaschismus haben. Aber seit einigen Jahren ist das so, dass es innerhalb einer fortschrittlichen Linken die unterschiedlichsten Strömungen und Gruppen gibt, die inzwischen auch lange kontinuierlich zum Thema Antifaschismus gearbeitet haben.

B: Gerade im Bereich Antifa gilt, dass man eigentlich nichts versprechen dürfte, was man nicht halten kann, sonst wird man unglaubwürdig. Da ist in der Vergangenheit eine Menge verratzt worden. Vorstellungen von »wir wuppen das« oder »wir kriegen die Nazis schon von der Straße weg« ist zu wenig widersprochen worden. Auch wenn das real gar nicht mehr möglich war, wurde dieser Anspruch immer noch mit sich rumgetragen. Aber um als politische Kraft überhaupt ernst genommen zu werden und weiterhin präsent zu sein, muss die Antifa die Veränderung der politischen Situation diskutieren und sich darauf einstellen.

A: Was zu wenig öffentlich diskutiert wurde ist dieser Schritt vom militanten Verhindern hin zum politischen Verhindern. Und es wird zu langsam erst verstanden, dass im Rahmen eines breiten Bündnisses z.B. bei einer Demo mehr zu erreichen ist.

X: Ich denke auch, dass sich die Aufmärsche nicht auf der Straße, sondern nur politisch verhindern lassen werden. Es ist aber durchaus auch möglich, an die Nazis auf der Straße heranzukommen. Und mein Eindruck war, dass bei den letzten Aufmärschen die Nicht-Organisierten oft

schlecht ausgestattet an den Polizeisperren demonstrierten, während von den organisierten Antifa-Strukturen oft wenig am Ort des Geschehens zu sehen war, weil diese mit lauter »wichtigeren« Dingen beschäftigt waren wie dem Beobachten der Nazi-Bewegungen, Abchecken der Route etc.

C: Ich fand das in Altona gut, dass sich aus dem Zusammenkommen ganz vieler verschiedener, zumeist unorganisierter Menschen eine Eigendynamik entwickelt hat. Ich denke, es ist immer noch ein entscheidender Fehler der autonomen Antifa, den Anspruch zu haben allein dafür zuständig zu sein, Militanz auf die Straße zu tragen. Die merken gar nicht, dass sie als Bewegung dazu gar nicht mehr in der Lage sind. Es ist nach wie vor richtig, zu vesuchen, die Nazis auch militant anzugehen, aber wenn man sich die Radikalisierung und Militarisierung der Neonazi-Szene etwas näher anschaut, kann ich nur davor warnen zu glauben, man könne sich einer Horde von Neonazis einfach entgegenstellen. Ich hätte da Schiss vor und weiß genau, ich bräuchte eine unglaublich gute und starke Gruppe, um mich denen entgegen zu stellen. Ich denke daher, dass diese diffuse Mischung aus Unorganisierten, empörten AnwohnerInnen, Gang-Jugendlichen etc. eine Eigendynamik im positiven Sinne entwickelt hat, die wir als Autonome ja früher auch immer gut fanden. Das kann dann u.U. auch wesentlich offensiver zu Angriffen auf die Nazis führen als so Konzepte, die theoretisch gut ausgedacht sind, die sich aber gar nicht mehr auf gemeinsame Erfahrungen stützen können. Die Entwicklung wird auch dahin gehen, dass offensives Agieren gegen die Nazis bei solchen Demonstrationen weniger durch Planung als vielmehr durch diese Eigendynamik zustande kommen wird.

Y: Wie würde ihr denn dann eure Rolle bei solchen Aufmärschen und Gegendemos definieren?

B: Die Rolle der organisierten Antifas wäre, Voraussetzungen zu schaffen, dass eine solche Eigendynamik entstehen kann.

A: Es ist auch angesagt, dieses Bild von den Antifas, die los gehen und »mal einen klopfen gehen« und damit was klar machen, weg zu bekommen. Das stimmt nicht mehr und ist von vielen auch gar nicht mehr gewollt. Gerade jetzt sollte es viel mehr darum gehen stärker inhaltlich gegen die Neonazis vorzugehen.

C: Man muss auch erkennen, dass in den letzten Jahren ein Wechsel stattgefunden hat. Die Parole »Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren!« entstand Anfang der 90er vor allem vor dem Hintergrund der Erfahrung von Jugendlichen, hauptsächlich aus dem Osten, die sich damals massiv gegen neonazistische Überfälle zu Wehr setzen mussten. Heute



ist es so, dass wir - d.h. die autonome, antifaschistische Szene - von diesem gewöhnlichen deutschen Mord-Neonazismus gar nicht mehr in erster Linie betroffen sind. Die Angriffe der Nazis richten sich heute gegen ganz verschiedene Teile der Gesellschaft, die sich auch dagegen zur Wehr setzen muss. Da müssen wir Antifas lernen, uns selbst nicht mehr so wichtig zu nehmen.

B: Die rassistische Qualität der Angriffe hat ja auch enorm zugenommen und der Neonazi-Terror ist vielerorts zum Alltag geworden. Das ist schon eine ganz andere Situation als wir sie in den 80er Jahren hatten, als sich die Angriffe der Nazis doch relativ klar auf eine linke Subkultur konzentriert hatten. Wobei ich hier die Situation im Westen in den Metropolen beschreibe, im Osten sieht es da teilweise schon etwas anders aus.

Bündnisse

X: Was für Erfahrungen habt ihr in letzter Zeit mit Bündnissen gemacht. Hat sich durch die Ereignisse im Sommer da etwas verändert?

C: Ich denke, dass sich das Verhältnis zu Bündnissen auch schon vor dem Sommer verändert hat. Früher war das so, dass wir total stolz waren, wenn wir ein Bündnis mit der VVN, der DKP und der PDS auf die Beine gestellt haben. Heute denke ich, dass der Spruch stimmt, »Wenn du mit allen im Bündnis der selben Meinung bist, ist dein Bündnis zu eng«. Ich glaube, heute ist die Bereitschaft viel größer andere Meinungen in einem Bündnis zuzulassen. Das Interesse an Diskussionen ist viel größer. Dadurch, dass wir uns auch als kompetente Bündnispartner dargestellt haben, die nicht nur von den bösen Faschos reden, sind wir auch beispielsweise von linken GewerkschafterInnen oder den Gruppierungen, die man vielleicht als die Reste der Zivilgesellschaft bezeichnen könnte, ernst genommen worden.

B: Man muss Bündnisse aber auch begreifen als kontinuierliche Zusammenarbeit mit Leuten außerhalb seines eigenen kleinen Tellers. Es ist notwendig, Gespräche und Diskussionen an ganz unterschiedlichen Orten zu führen und seine Positionen im Bereich Antifaschismus/ Antirassismus dadurch weiter zu entwickeln. Das würde dann auch den Bündnisbegriff, den man so klassischerweise im autonomen Antifaspektrum kennt ein wenig erweitern. Natürlich geht es auch darum, anlassbezogen möglichst viele Leute zu mobilisieren, aber es geht auch darum die Diskussionen in die Breite zu tragen, und das ist über die Jahre entschieden zu kurz gekommen.

Y: Ist das jetzt Wunschdenken, oder wird das auch schon so praktiziert?

B: Ich bin oft erstaunt darüber, wie schnell man mit anderen ins Gespräch kommen kann. Das ist natürlich auch eine ganz nette Erfahrung immer wieder fest zu stellen, dass es doch eine ganze Menge Leute gibt, die nicht aus unserem Spektrum kommen, die froh sind wenn sich Kontakte ergeben oder alte Kontakte wieder aufleben. Oft stellen wir dann fest, dass inhaltliche Positionen gar nicht so weit voneinander entfernt sind.

C: Anfang der 90er Jahre war Antifaschismus für uns eben auch ein offensiver Kampfbegriff. Da diente Antifa zur Identitätsstiftung und unter dem Begriff Antifaschismus wurde alles mögliche subsumiert. Kampf dem Imperialismus, Kampf dem Kapitalismus etc.. Das Problem ist, dass viele Leute ideologisch-politisch auf diesem Level stehen geblieben sind. Ich denke, die letzten Jahre haben gezeigt,



dass Antifaschismus als offensiver Kampfbegriff nichts taugt, weil Antifa immer von einer Negation ausgeht. Man wehrt sich gegen etwas. Mit dieser Erkenntnis kann auch anders mit Bündnisarbeit umgegangen werden. In einem Bündnis geht es dann eher darum, gemeinsam mit anderen Leuten eine Analyse der Situation zu entwickeln: Wie funktioniert rassistische Formierung, wie funktionieren hier Vorstellungen von Sozialhygiene, wie funktioniert so ein SPD-Neoliberalismus? In solchen Auseinandersetzung wurde dann ganz oft die Erfahrung gemacht, dass es ganz viele Leute gibt, die eine ähnliche Analyse wie wir haben. In solchen Bündnissen ändert sich auch die Wahrnehmung, die andere von der Antifa haben. Wir sind dann nicht mehr nur die Experten für Nazi-Strukturen, sondern Leute hören uns auch zu, was wir zu Fragen wie der völkischen Formierung zu sagen haben, und finden das auch teilweise gut, was wir sagen. Dadurch ist dann auch eine andere Basis für eine langfristige Zusammenarbeit gelegt.

Y: Läuft diese Zusammenarbeit dann mit den Organisationen oder eher mit einzelnen Oppositionellen in den Organisationen?

A: Meistens sind es doch eher die einzelnen Personen. Schwierig wird es meistens dann, wenn eine Zusammenarbeit mit den leitenden Funktionären von Gewerkschaften oder SPD versucht wird. Entscheidend ist es ja, den Schritt zu schaffen von einem Anti-Nazi-Ansatz, wie er ja staatlicherseits gerade auch propagiert wird, zu einem antirassistischen Ansatz. Allerdings wird genau an dieser Stelle die Zusammenarbeit mit Organisationen wie dem DGB wieder schwierig. In einer solchen staatstragenden Organisation wird eben doch recht aggressiv auf eine Position, die staatlichen Rassismus thematisiert, reagiert. Das aktuelle Beispiel ist ja die Kundgebung am 1.September2, zu der ein breites Bündnis, an dessen Spitze der DGB stand aufgerufen hatte. Da hat es dann auch richtig geknallt.

Y: An welchen Punkten?

A: Geknallt hat es zwischen dem DGB und dem linken Bündnis, weil der DGB mindestens angepisst war über das, was der Vertreter des linken Bündnisses auf der Kundgebung gesagt hatte. Das passte denen natürlich gar nicht, dass staatliche Abschiebepolitik und die rassistische Position der IG Bau scharf angegriffen worden ist.

X: Diese Veränderungen der antifaschistischen Analyse von »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« hin zur Verteidigung der Zivilgesellschaft ist ja schon ein großer Schritt. Steht ihr mit einer solchen Position alleine in der Antifaszene oder wird das von der Mehrheit so gesehen? Um es an einem konkreten Beispiel festzumachen: Bei der gemeinsamen Kundgebung mit dem DGB am 1.9. gab es innerhalb des autonomen Vorbereitungsplenums recht unterschiedliche Positionen: Die einen wollten die Veranstaltung angreifen und die anderen wollten einen Redner stellen. Gibt es einen inhaltlichen Streit innerhalb der Antifa über so eine Positionierung ?

B: Gibt es schon und gab es auch. Also es ging ja schon los mit der Frage: Was ist tolerierbar, welche Redner und welche nicht. Es gibt ja die Meinung mit den Grünen machen wir absolut gar nichts. Da wird sich dann berufen auf: »Das haben wir doch damals so festgelegt«. Ich finde das aber fatal, wenn Positionen nicht mehr reflektiert werden. Sicherlich gibt es immer noch gute Gründe an bestimmten Positionen festzuhalten, diese sollten aber immer wieder abgeglichen werden. Und in diesem Zusammenhang gibt es auch RednerInnen, die ich nicht tolerieren würde. Ich finde aber, mensch muss auch auf veränderte gesellschaftliche Verhältnisse reagieren können, sonst droht Politikunfähigkeit. Also um deine Frage zu beantworten: es wird kontrovers darüber diskutiert. Das Beispiel der Kundgebung am 1.9. zeigt, dass man sich letztendlich doch konsensuell auf so ein Level geeinigt hat und gesagt hat, es wäre fatal, wenn wir nichts dazu sagen und wenn wir nicht unsere Meinung dort kundtun würden. Ich denke, dass das die Erkenntnis wir sollten da nicht außen vor bleiben von den meisten doch letztendlich getragen wurde. Ich fand es viel interessanter, dass die einzelnen Gewerkschaften teilweise auch untereinander in Streit geraten sind. Die einen sagten »Nehmt den von der Bühne!« und die anderen sagten »Hör doch mal zu, dass stimmt doch was der sagt!«. Es war richtig, sich zu äußern und unsere Positionen ins Gespräch zu bringen.

C: Ich denke eher, dass innerhalb der autonomen Szene oder der Antifaszene darüber kaum diskutiert wird. Ich glaube, es wird sich eher mit einem Dogmatismus dagegen gewehrt seine eigene Rolle neu zu definieren. Ich finde aber den Vorwurf, die Antifa öffne sich gegen die Mitte der Gesellschaft, falsch. Wenn in der Jungle World steht, Antifa wird mehr und mehr staatstragend, halte ich das für total hahnebüchen. Wir als autonome Antifa haben in den letzten Jahren immer wieder auf das Verhältnis zwischen staatlichem Rassismus, Neonazis und der rassistischen Formierung innerhalb der Gesellschaft hingewiesen. Allerdings ist unsere Analyse der 80er und Anfang der 90er Jahre, die Neonazis seien die Marionetten des Kapitals, des Staats und so weiter im nach hinein ziemlich falsch gewesen. Für die heutige Zeit stimmt sie auf keinen Fall mehr. Eine permanente Neuformierung von Kapitalismus oder Neoliberalisms wird dort überhaupt nicht mehr adäquat beobachtet. Ich vertrete in der Zwischenzeit die Position, dass die Neonazis nicht der verlängerte Arm von irgendwelchen Politikern sind, sondern dass sie der verlängerte Arm der ganz gewöhnlichen gesellschaftlichen Formierung sind. Die machen das, was Eltern und Lehrer immer nur sabbeln, aber nie in die Tat umsetzen. Aber ich habe festgestellt, dass viele vielleicht dogmatische Linke oder konservative Linke mit einer sochen Analyse gar nicht klar kommen, den Imperialismus oder den Kapitalismus nicht mehr als das böseste aller bösesten Übel ansehen zu können.

A: Ich möchte noch mal etwas sagen zu der Parole: »Hinter dem Faschismus steht das Kapital!«. In der klassischen Version

würde ich das auch auf gar keinen Fall unterschreiben wollen. Trotzdem finde ich, dass danach gefragt werden muss, welche vom Kapital initiierten faschistoiden Entwicklungen im Moment stattfinden? Sicher falsch ist zu sagen, dass das Kapital in der momentanen Situation hinter den Stiefelnazis steht. Aber diese ganze Repressionsschiene wird auch darüber wieder legitimiert. Das ist z.B. ein ganz wichtiges Feld, über dass sich in der näheren Zukunft noch einmal ein Kopf gemacht werden muss. Nicht um diese Parole wieder zu installieren, sondern um den staatlichen Antifaschismus richtig einordnen zu können.

B: Das Erschreckende ist, dass bestimmte Sachen durchaus miteinander kompatibel geworden sind. Demokratie als Regierungsform, als Regierungsmodell ist kompatibel geworden mit einer absoluten Ausgrenzung von großen Teilen der Bevölkerung. Dass dies möglich ist, ist meiner Meinung nach qualitativ neu in der Geschichte. Es gab früher immer Alternativmodelle, dass bestimmte Systeme im Widerstreit standen. Mittlerweile ist es möglich, dass sich Leute hinstellen und sagen, »wir wollen eine humane Gesellschaft« und gleichzeitig einen unglaublichen Rassismus produzieren. Das ist möglich und das ist auch kein Widerspruch mehr. Darauf zu reagieren, dass solche Dinge möglich geworden sind, bedarf es einer ziemlich genauen Analyse. Es bedarf auch einer Verortung der Linken, wie sie in diesem Phänomen, diesem Konglomerat letztlich überhaupt noch tätig werden können, oder was es für Veränderungsmöglichkeiten gibt. Ich denke, dass der Punkt Rassismus dabei ganz entscheidend ist. Diese Gesellschaft funktioniert nicht ohne Rassismus und Ausgrenzung, und die Frage nach antirassistischen Strategien ist gleichzeitig eine Frage danach, die Grundfeste dieser Gesellschaft zu hinterfragen. Inzwischen ist es nämlich durchaus kompatibel geworden, dass sich jemand ganz offen Antinazi oder Antifaschist nennen kann, und gleichzeitig auch ganz offen rassistische Politik betreibt. Wie so etwas möglich ist, darauf gibt es noch keine richtigen Antworten, sondern eher Fragen. Darüber würde ich mir eine größere und tiefere Diskussion innerhalb von Antifa- und linken Zusammenhängen durchaus wünschen.

Antifa-Strategien

X: In einem Artikel im antifaschistischen Infoblatt, der ja auch in der letzten Zeck nachgedruckt war, wird auf die Frage nach unterschiedlichen antifaschistischen Strategien, die ihr ja vorhin schon angesprochen habt, eingegangen. Dort wird gesagt, das Ende der 80er entwickelte Konzept: »Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren« war letztlich viel radikaler als die der Strategie der 90er unter der Parole »Antifa heißt Angriff«. Die Selbstschutzstrategie setzte erstens am Leben der Leute direkt an, und ermöglichte es viel mehr Leute überhaupt anzusprechen. Auch solche, die vielleicht der konkreten Konfrontation mit den Nazis aus guten Gründen, oder weil man sich das einfach nicht zutraut, aus dem Weg gehen wollen. Die AutorInnen fordern, man solle im Grunde an dieses Konzept des antifaschistischen Selbstschutzes wieder anknüpfen. Das scheint mir so'n bisschen wie eine etwas hilflose Rückkehr zum Bewährten nachdem man festgestellt hat, dass das, was man danach gemacht hat, hat nicht (mehr) funktioniert. Findet ihr die Argumentation die im AIB vertreten wird überzeugend?

A: Die Argumentation, dass diese Phase »Antifa heißt Angriff« nicht nur überholt ist, sondern dass die auch sehr fragwürdig war, halte ich für richtig. Ich find es andererseits aber nicht richtig, genau da wieder anzuknüpfen, wo Antifa mal stehen geblieben ist. Wir wären rein praktisch überhaupt nicht mehr in der Lage wie Anfang der 90er zum 20.4. als besonderen Tag bestimmte Asylbewerberunterkünfte zu schützen. Das ist von den Kräfteverhältnissen unsererseits und der ich sag mal Schlagkräftigkeit der Nazis anderseits überhaupt nicht mehr zu machen. Der Ansatz, viel mehr Leute einzubinden und von deren Möglichkeiten auszugehen, den finde ich auf jeden Fall aber weiterhin richtig.

C: Man sollte den Begriff Antifaschismus viel offener diskutieren und darf den Blickwinkel nicht zu sehr auf die militanten Neonazis richten. In Hamburg sieht man bei jeder Neonazi-Demo die selben 150 Nazis, und ich glaube, dieses Problem der militanten Neonazis findet auf einer Spektakel-Ebene statt. Ich denk auch, dass die Neonazis selber diese Demonstrationen auch unter dem Blickwinkel des Spektakels sehen. Sie wollen sich präsentieren, aber das ist ja auch 'ne relativ eingegrenzte Gruppe. Man müsste viel mehr auf die Ursachen und auf die Hintergründe der Neonaziformierung eingehen. Ich glaube, dass an diesem Punkt Rassismus viel klarer benannt werden muss. Das darf nicht auf so 'ner ganz eingegrenzten Ebene passieren, wie es oft bei autonomen Antifas bisher passiert; dass Rassismus in so Nebensätzen: »Da sind wir auch noch gegen.« genannt wird. Ich denke, dass ganz viele Funktionsmuster dieses Staats über eine rassistische Formierung funktionieren. Und das ist auch der Punkt, wenn man an Gegenstrategien überlegt, dass man an Alternativen überlegt? Wir können uns an den Neonazis abarbeiten, das ist auch gut und richtig, ich hasse die auch und ich will auch, dass die nicht mehr auf der Straße rumlaufen. Aber selbst wenn die Neonazis als Erscheinungsbild - vielleicht auch aufgrund der staatlichen Repression - aus der Öffentlichkeit verschwunden sind, bleibt dieser rassistische Bodensatz, der jetzt in seiner ganzen Aggressivität zum Explodieren kommt, weiterhin vorhanden. Wir als Mittelklasse-Mehlgesichter haben als Antifas immer Schwierigkeiten gehabt mit Migrantengruppen direkt zusammen zu arbeiten. Das hat vielfältige Ursachen und ich denke, dass man zum einen da vielleicht viel mehr sich öffnen muss zu anderen Gruppen, die schon länger Antira-Arbeit machen. Auf der anderen Seite müsste man in diesen neuen Bündnissen und bei der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen gucken, inwieweit die auch sensibilisierbar sind für das Problem der rassistischen Formierung. Der DGB beispielsweise ist natürlich eine staatstragende Organisation, aber ich glaube, dass innerhalb des DGBs vielen Leuten klar ist, dass sie als politische Organsiation irgendwann auch sich selbst erledigt haben, wenn sie sich nicht auch wieder zu politischen Themen äußern. Das kann auch ein Schwerpunkt von Antifa-Arbeit sein, z.B. in Gewerkschaftskreisen antirassistische Initiativen zu fördern und da auch Bündnisarbeit praktisch werden zu lassen, durch Bildungsarbeit, was weiß ich auch immer, Informationsarbeit.

Y: Das heißt für dich würde weder der eine noch der andere Slogan eine zukunftsweisende Strategie verkörpern?

B: Ich würde auch sagen, Antifa ist mehr Selbstschutz als Angriff. Im Infoblatt-Artikel haben die da so'n bißchen die Stunde 0 angesetzt. Aus meiner Erfahrung war das aber anders. Das mag vielleicht in Berlin so gewesen sein. Aber die entscheidende Frage ist doch eine andere. In der Rassismusforschung gibt es das geflügelte Wort des Rassismus ohne Rassisten und es gibt mittlerweile vielleicht auch Neofaschismus ohne Nazis. Also das Problem verschiebt sich und verändert sich, und darauf muss man 'ne Antwort finden. Natürlich muss auch einer Bedrohung entgegentreten werden, die aber regional und altersmäßig auch sicherlich sehr verschieden ist. Es gibt nicht mehr so was wie den 20.4., um den damals ein unglaublicher Medienhype veranstaltet wurde, eine unglaubliche Angst geschürt wurde, von Linken wie von Bürgerlichen, eine Panik vor einem Phänomen, das es so gar nicht gegeben hat. Und jetzt haben wir das Phänomen, aber die Panik bleibt aus. Sich darauf einzustellen und darauf zu regieren, das finde ich viel entscheidender.

X: Um noch mal an den Punkt der rassistischen Formierung anzusetzen. Ich

frage mich ja, ob dieser Begriff zwei Tendenzen zusammenführt, die ganz unterschiedliche Begründungszusammenhänge haben. Ganz eindeutig ist in den 90ern der ökonomische Staatsrassismus der dominante Diskurs, in dem Menschen nur nach ihrer Verwertbarkeit innerhalb des Systems betrachtet werden. Ich glaube aber nicht, dass sich auf der gleichen Ebene der Rassismus der Nazis erklären lässt. Ich würde sogar vermuten, dass er genau das Gegenteil ist. Im Grunde ist der Rassismus der Nazis eine total anti-ökonomische Reaktion. Diese Verwertbarkeitslogik, dieser Ökonomismus wird von denen, die auf der Straße Ausländer angreifen durchaus auch als Bedrohung empfunden. Und genau an die Stelle dieses ökonomischen Prinzips versuchen sie andere Gruppenkonstruktionen zu setzen, in denen sie sich selber im klassischen Rassismusschema als »Herrenrasse« als die Besseren stilisieren. Diese beiden gegenläufigen Entwicklungen wirft der verwendete Begriff der rassistischen Formierung zusammen, und daher kann man daraus meiner Meinung nach keine politische Strategie ableiten.

C: Naja, was aber beiden gemeinsam ist, ist der Wille zur Ungleichbehandlung von Menschen nach rassistischen Kriterien. Der staatliche Rassismus beruft sich auf die Ökonomie, der Neonazi macht's ganz plump: »Du schwarz, ich weiß, ich besser du doof.« Die Neuen Rechten argumentieren mit der »Gleichheit der Rassen, aber ihr da und wir hier«. Das sind unterschiedliche Erscheinungsformen, aber das Entscheidende ist der Rückgriff auf unterschiedliche Wertigkeiten. Und dagegen sollten wir an dem Ideal festhalten, das besagt »Alle Menschen müssen und sollen das gleiche Recht haben, so zu leben, wie sie wollen und da zu leben, wo sie wollen«. Das ist als Gegenmodell durchaus oppositionell zu dem staatlichen Rassismus sowie zu einem völkischen neonazistischen Rassismus. Ich gehe mit dir d'acord, dass es da fundamentale Unterschiede gibt, wie sich der Rassismus ausprägt. Nur: mörderisch sind beide Erscheinungsformen und verachtenswert auch. Ich glaube, dass dieser neonazistische Rassismus eher ein Ventil für den Mob ist, während es beim staatliche Rassismus um »Sozialhygiene« geht.

B: Ich denke, das Eine ergänzt sich halt mit dem Andern. Zynischerweise sage ich oft: die beste Waffe gegen Nazis zur Zeit ist das Kapital. Aber das ist interessant für 'ne Analyse, um das Problem zu begreifen.

X: Naja, doch: es ist schon auch interessant für eine Strategie, wie gegen Rassismus vorzugehen wäre.

B: Es interessant für die Motivation von Neonazi-Gewalt.

Y: Ja, aber die Frage ist ja die: Kannst du mit ein und derselben Handlungsstrategie zwei unterschiedlich ausgeprägte rassistische Strömungen bekämpfen, oder muss man das getrennt angehen? Wenn du zynisch sagst, die beste Waffe gegen Nazis ist das Kapital, das würdest du doch wohl in Strategiediskussionen woanders nicht sagen, oder?

C: Naja, so einfach ist das natürlich nicht. Wir sind da in unserem Kampfbegriff nicht so eindimensional. Genauso wie jede linke Politik ziemlich weit gefächert sein muss, muss auch eine Diskussion und Entwicklung von so einer Gegenstrategie weit gefächert sein. Wir müssen das passende Mittel gegen die explosive, brutale Ausdrucksform des Neonaziterrors finden, und wir müssen eine Alternative und Strategie gegen den staatlichen Rassismus finden. Solange es staatliche rassistische Politik gibt, die von der Bevölkerung begierig aufgenommen wird, solange wird es auch den stumpfen Mob geben, der nicht »zivilisiert« Flüchtlinge abschiebt, sondern ganz brutal hingeht und sagt: »Du bist ein Ausländer, ich hau dich jetzt tot.« Solange der sich sicher fühlt, dass seine rassistische Motivation mehr oder wenige kompatibel ist mit dem, was in der Gesellschaft passiert, solange wird das seine Handlung bestimmen.

A: Grundsätzlich halte ich es für wichtig sich die Bandbreite faschistischer Ideologie ins Bewusstsein zu rufen. Es gibt ja durchaus Strukturen oder Organisationen bei den Nazis, die sich auch ganz klar als antikapitalistisch bezeichnen und auch von ihrer Programmatik her so zu sehen sind. Und da sieht man auch, dass die Nazis nicht immer im Sinn der kapitalistischen Ökonomie und des Staats handeln.

C: Wir haben jetzt viel über Erklärungsansätze, Theorien usw. geredet. Ich denke das Entscheidende ist aber auch eine Praxis daraus zu entwickeln. Wenn z.B. da jetzt am Samstag (7.10.) bei diesem Büchertisch in Bramfeld sich Leute offensiv gegen einen Neonazi-Angriff gewehrt haben, dann finde ich das super und total richtig.3 Und ich glaube, so eine Arbeit und theoretische Auseinandersetzungen müssen parallel stattfinden. Das Problem ist halt zur Zeit, das ganz viel praktischer Antifaschismus in der Öffentlichkeit wieder auf seine Ausdrucksform reduziert wird: die linken und rechten Gewalttäter. Und wir müssen natürlich darauf hin arbeiten, dass wir irgendwann auch mal wieder soweit sind, sagen zu können: unsere Motivation militant gegen Neonazis vorzugehen, ist 'ne Motivation die von Teilen der Bevölkerung auch getragen wird, weil sie sehen, dass es da durchaus Unterschiede gibt in der Motivation militant vorzugehen.

Y: Wieviel Zeit bleibt euch denn neben Orga-Kram, Anti-Nazi-Mobilisierungen und Recherche eigentlich noch für diese globaleren politischen Diskussionen über Handlungskonzepte, Rassismusanalyse etc.? Welchen Stellenwert hat das in Eurer praktischen, konkreten Arbeit für euch momentan?

A: Also, man muß sich viel Zeit nehmen.

X Und tut ihr das?

A: Ich würde sagen, wir tun das. Die inhaltliche Diskussion gelingt uns nicht immer in der Fülle, in der wir das gerne hätten, aber im Großen und Ganzen würde ich sagen, es geht voran.

C: Da gibt es auch eine gewisse Arbeitsteilung. Es gibt Gruppen, die eher diskutieren und sich eher aufgrund einer theoretischen Auseinandersetzung dann auch praktisch weiterentwickeln und es gibt Gruppen, die eher auf einer praktischen Ebene Arbeit machen. Das Entscheidende und Wichtige ist, dass das in einem symbiotischen Verhältnis steht. Ich glaube, dass da vor 'nem Jahr oder vor 'nem halben Jahr viel tiefere Gräben waren zwischen den unterschiedlichen Handlungskonzepten. Und ich hoffe natürlich, dass das auch wieder mehr zusammengeht, dass vielleicht auch mal wieder Zeit da ist, gemeinsam zu diskutieren, aber natürlich auch, gemeinsam auf die Straße zu gehen.

A: Ein sicher positives Beispiel für mehr inhaltliche Arbeit ist das seit der Wandsbek-Demo kontinuierlich bestehende »Bündnis gegen Rassismus und Faschismus«. Das hatte bereits eine zweiwöchige Veranstaltungsreihe gemacht und wird demnächst einen sogenannten »antifaschistischen Ratschlag« veranstalten, bei dem es darum gehen wird einfach mal ohne konkreten Aktionsanlass, ungebunden inhaltlich sich auszutauschen und zu bestimmten Positionen Stellung zu beziehen. Das ist auch ein ganz erheblicher Schritt nach vorne im Vergleich zu früher.

Y & X: Ja, dann danken wir Euch für dieses Gespräch. Bis bald dann mal.

Die Anmerkungen:

1 Antonio Amadeo war das erste Opfer rechtsextremer Gewalt in Ostdeutschland. Der Angolaner Antonio Amadeo war Ende '90 so schwer von Skinheads durch Tritte und Schläge verletzt worden, dass er zwei Wochen später daran starb.

2 Anlässlich eines naziaufmarsches fand auf dem Gänsemarkt eine Bündnisveranstaltung statt. Dieses Bündnis reichte von autonomen antifaschistischen Gruppen bis zum DGB.

3 Am 7.10.00 fand in Bramfeld ein antifaschistischer Büchertisch statt, der von Neonazis angegriffen werden, der Angriff konnte zurückgeschlagen werden.

The harder they come,... oder »Wann wird mal wieder richtig Sommer?«

»Das Problem ist allerdings, dass die Grünen auf halbem Wege stehen bleiben. Sie können sich Repression nur gegen rechts vorstellen - wie die Äußerungen von Künast beweisen. Dabei ist wahr, dass auch von Linken Gewalt ausgehen kann. Man will es sich eben mit Teilen der Partei nicht verscherzen(.....)Repression ist nicht teilbar. Polizisten können eben nicht nur dann gut sein, solange sie gegen die anderen vorgehen, schlecht, wenn sie den Knüppel gegen die eigene Klientel schwenken.(aus Kommentar in: TAZ vom 21.7. 2000 von Severin Weiland)

»(....) der glaubwürdige und starke Staat, von dem man sich eine entschiedenere Bekämpfung von Neonazis erhofft , könnte auch andere Gruppen ins Visier nehmen: Autonome die am 1. Mai in Kreuzberg Randale machen, gewaltbereite junge Russen und Türken, bestechliche Abgeordnete, Bauunternehmer, die Schwarzarbeiter beschäftigen, Umweltsünder, die illegal Müll entsorgen.« (aus Kommentar in: Tagesspiegel 2000 von Hans Christoph Buch)

»Indem man das Land jedoch in eine gigantische Lichterkette verwandelt, bei der nur dazugehört, wer das richtige Lämplein hält, werden zentrale Fragen an den Rand gedrängt. Etwa jene nach den vielfältigen Ursachen der in Wogen aufbrausenden Gewalt.« (aus Kommentar in: WELT vom 10.10. 2000 von Guido Heinen)

»Alle anderen Völker dürfen Judenhasser haben, aber nach allem was wir den Juden angetan haben, wir nicht.« (aus Kommentar in: BZ vom 7.10. 2000 von Peter Boenisch)

Die vier Zitate dieser Tage machen deutlich wie die radikale Rechte auf die derzeitige Situation reagiert und reagieren wird. Das hierfür die Lektüre einschlägiger Nazi-Blätter nicht notwendig ist, weil die rechten Schreibtischbrandstifter von TAZ bis Springerpresse den Job erledigen ist nichts neues in der »wehrhaften Demokratie«. Das aber eine so breite Koalition versucht Nazigewalt mal wieder zu beschönigen und zu relativieren, zeigt das die Debatte des Sommers nicht ganz ohne Wirkung war. Dabei hätte es eigentlich in diesem Jahr nicht mehr zur rechtsradikalen Szene zu sagen gegeben als all die anderen Jahre seit 1989. Das anzünden von Häusern in denen MigrantInnen wohnen, das schänden bzw. zerstören jüdischer Friedhöfe und Einrichtungen und das töten, verletzen und beleidigen von Obdachlosen, Flüchtlingen, Schwulen, Linken und all den anderen die nicht in das Streichholzschachtelweltbild der Neonazis passen, gehört zum Alltag im »neuen« Deutschland. Doch dann kam der Sommer. Eingeleitet von den Debatten über die »Zuwanderungskommision«, Bevölkerungsprognosen und Green- bzw. Blue(sic!)-card und plötzlich war nichts mehr wie vorher, so schien es jedenfalls. Ziemlich genau einen Monat nach dem Mord an Alberto Adriano in Dessau, spricht die grüne Vorstandssprecherin Renate Künast am 16. Juli in Berlin von »rechter Gewalt die nicht entschuldigt werden kann«, von »Abscheu«, »Empörung«. Am Tag zuvor waren in Ludwigshafen zwei Kinder bei einem rechten Brandanschlag schwer verletzt worden. 11 Tage später explodierte in Düsseldorf in der S-Bahnstation Wehrhahn ein Sprengsatz. Zehn Menschen werden schwer verletzt, eine Mutter verliert ihr ungeborenes Kind. Alle Opfer sind Jüdinnen und Juden bzw. deren Angehörige. Selbst Otto Schily hält nun einen »rassitischen Hintergrund« für wahrscheinlich. Gerhard Schröder (»Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: Raus und zwar schnell.«) meldet sich aus dem Urlaub in Mallorca und meint das: »Rechtsradikalismus mit allen Mitteln bekämpft werden muß«. Selbst einer wie der brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe, der noch 1997 die Antisemiten des Dorfes Gollwitz in Schutz genommen hatte, erzählte im ZDF Länderspiegel vom 5. August das er »bitter dazu gelernt habe« und er begreifen »habe müssen, daß hier doch eine gewisse Gefahr besteht«. Das diese »gewisse Gefahr«, welche die bundesrepuplikanische Politprominenz plötzlich überrascht konstatiert, seit 1989 weit über hundert Menschen das Leben gekostet hat interessiert da eigentlich auch niemanden mehr. Rechtsradikale Auswüchse gibt es plötzlich überall und Medien und Politiker machen immer neue Vorschläge zu seiner Bekämpfung. Selbst die »aktzeptierende Jugendarbeit« mit Rechten wird kurzzeitig kritisiert. Der bayrische Innenminister, Günther Beckstein (»Die Begrenzung der Zuwanderung aus nicht EU-Staaten ist unabdingbar, um die Identität unseres Landes zu wahren«), möchte die NPD verbieten und eröffnete mit dieser Äußerung die immer noch anhaltende Debatte um ein NPD Verbot. Die Hamburger Innenbehörde verbietet am 11.8. den »Hamburger Sturm 18«, das Bundesinnenministerium verbietet am 14.9. die »Blood & Honour Sektion Deutschland« und deren Jugendorganisation »White Youth«. Von Anfang an zielen die angedachten Maßnahmen aber nicht nur gegen rechts. Die Erweiterung der Polizeibefugnisse (insbesondere des BGS), die Einschränkung von Postgeheimnis und Demonstrationsrecht, die Verschärfung des (Jugend-)Strafrechts etc. wird früher oder später auch der »Hauptfeind der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung« zu spüren bekommen - die radikale Linke. Die Rechte Szene mußte sich zwangsläufig auch auf die Debatte des Sommers beziehen, war sie doch der Gegenstand selbiger.

Entwicklungen in der Nazi-Szene

Am schwersten traf es erwartungsgemäß die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Durch ihre häufigen Demonstrationen und die offensichtliche Verwicklung von Mitgliedern und Kadern der Partei in Gewalttätigkeiten richtete sich der öffentliche Fokus auch schon vor der Verbotsdebatte auf die NPD. Die NPD Führung änderte im Verlauf der Debatte ihre Strategie. Noch Anfang August dankte der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN) Sascha Roßmüller den Medien dafür, daß Dank des »medialen Hetzfeldzuges« die Berliner NPD-Zentrale sich »vor Interessenten und neuen Mitgliedern kaum noch retten« könne. 500 neue Mitglieder will die NPD angeblich in dieser Zeit gewonnen haben. Immer wieder betont die NPD in ihren Pamphleten, daß sich die »gigantische Diskriminierungskampagne« gegen »alle patriotischen und nationalen Kräfte« richtet. Das in diesen Tagen bei dem ein oder anderen strafbar gewordenen Nazi ein NPD-Parteibuch gefunden wird, führt die Partei auf »eingeschleuste VS-Provokateure« zurück. Mitte August, am 14.08. schließlich gibt die Partei zwei Beschlüsse heraus. Im ersten »bekennt« sie sich zum Grundgesetz und zur »Freiheitlich Demokratischen Grundordnung«, im zweiten »stellt sie fest«, daß die NPD Gewalt »strikt ablehnt«. Das die Partei auch in diesen beiden Beschlüssen nicht

über ihren Schatten springen kann, zeigen die Details. So betonen die neuen Nationalsozialisten, nach ihrem »Bekenntnis« zu maßgeblichen Paragraphen des Grundgesetzes, daß das GG »unter dem Vorbehalt« steht, »nur ein Provisorium« zu sein, nämlich bis zu dem Tag wo die »Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« Die größenwahnsinnigen Nazis wollen dann auch gleich eine Verfassung ausarbeiten, »welche Artikel46 GG fordert« und haben zu diesem Zweck mal eben in einer »Sondersitzung des Parteivorstandes« eine »Verfassungskommision« eingesetzt. Ob für die Planung der vom Parteivorsitzende Udo Voigt angedachten »Herbstoffensive« da noch Zeit bleibt? Auch Beschluß Nummer Zwei entbehrt nicht einer gewissen Komik, etwa wenn die NPD meint die von »Großkapital, Regierung und Gewerkschaften (...) Millionen von Ausländern«, welche wie »Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt wurden« retten zu müssen. Die Rettung ist: »ein sofortiger Zuwanderungsstopp« und die »gleichzeitige Rückführung (...) der Fremden.« Die kämpferischen nationalrevolutionären Phrasen welche die NPD in den letzten Jahren prägten, treten immer mehr in den Hintergrund. Alle geplanten Demonstrationen werden abgesagt. Die NPD ist jetzt die verfolgte Unschuld. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in der September Ausgabe der Monatszeitung der NPD der ***Deutsche Stimme*** der Tenor ist, daß der »Rechtstaat in Gefahr ist«. Sogar ein »Staatsstreich von oben« steht zu befürchten. Udo Voigt sieht jetzt eine »Kampagne, vornehmlich gegen die NPD«. An dieser »Kampagne« beteiligt sich aber nicht nur der Verfassungsschutz, sondern auch die Freunde aus der selben Liga, wie die Zeitung ***Junge Freiheit*** und DVU und Repuplikaner. Offensichtlich haben die Einheitsappelle an das rechte Lager nichts gefruchtet. Fraglich ist auch ob das Schreiben welches Voigt am 17.10. an »alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages, des Bundesrates, der Landtage und des Europäischen Parlaments« zustellen ließ seinen Zweck erfüllen wird. Der Parteivorsitzende glaubt, daß Deutschland in den »Teufelskreis eines Polizei-, Verbots- und Überwachungsstaates« komme wenn die NPD verboten wird. Auch Willy Brandt wird zitiert, den die NPD will »deutlich mehr Demokratie wagen«. Um zu wissen wie dieses mehr an » nationaler« Demokratie aussieht genügt ein Blick in die Opferstatistiken rechter Gewalt. Horst Mahler der, seit Mitte August, wohl prominentestes Mitglied der NPD ist, engagiert sich jetzt dort mit der Kampagne: »Ja zu Deutschland - Ja zur NPD« und sammelt Unterschriften gegen ein Verbot der NPD. Die Ursache für die »beispiellose Lügen- und Hetzkampagne« hat er bereits ausgemacht: »die von der Ostküste (der USA; Anm. d. Verf.) beherrschten Medien und Bildungseinrichtungen«. Jeder gute »Volksgenosse« weiß natürlich wer gemeint ist: die Juden. Mahler bezeichnet sich jetzt selber als » Geschäftsführung ohne Auftrag für das Deutsche Reich« und unterzeichnete z.B. seinen »Appell an die Bürger des Deutschen Reiches« mit: »Es lebe das heilige Deutschland!« No comment. Die Deutsche Volksunion (DVU) des Münchner Gerhard Frey hatte wegen des Düsseldorfer Bombenattentates ein Déjà-vu-Erlebnis der besonderen Art. Die Aussagen in der ***National Zeitung*** im September 2000 ließen sich bereits absatzweise wörtlich (!) aus den Publikationen ***Deutscher Anzeiger*** und ***National Zeitung*** im Oktober 1980 zu dem Anschlag des Mitglieds der Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG) auf das Münchner Oktoberfest nachlesen. Der Tendenz ihrem Klientel immer wieder die selben Phrasen vorzusetzen bleibt die DVU also treu. So schreibt Frey in der ersten September Ausgabe der ***National Zeitung*** (Nr. 33) den auch, daß die Presse jede Kleinigkeit hoch pusche und somit immer mehr »Nachahmungstäter gezüchtet« werden und überhaupt entwirft das »schmutzige Spiel der Massenmedien und der politischen Klasse« ein völlig falsches Bild von Deutschland. Der ehemalige REP-Vorsitzende Franz Schönhuber sieht in der selben Ausgabe die Ursachen bei den unvermeidlichen 68ern und den »Bossen« der Wirtschaft, »die verantwortlich waren für den Import (sic!) bürgerkriegsähnlicher Zustände nach Deutschland.« In den nächsten beiden Ausgaben der ***National Zeitung*** (Nr. 34, 35) kann die Leserschaft sich informieren: »wieviel gelogen ist« und »was stimmt.« Besonderen Wert legt Gerhard Frey darauf die rechte Skinheadszene als Hort des Bösen darzustellen. So zählt Frey die, seiner Einschätzung nach, »Zwölf Kardinal-Irrtümer pseudorechter Krimineller« auf. Die DVU steht, in der simplen Gleichung von Frey, für »Anstand und Recht«, die Skinheadszene für »Hass und Gewalt«. Deutlich ist der Frey anzumerken, daß er befürchtet das die »Kampagne« der »antideutschen Meinungsindustrie« über ihr Ziel hinaus schießen könnte und die Partei Schaden nimmt. Möchte man sich doch jetzt auf »die nächste Wahlschlacht« konzentrieren, auf die »Landtags und Bezirkswahlen des kommenden Jahres in Hamburg«. Die gleiche Funktion, wie die Skinheadszene bei der DVU, erfüllt bei den Repuplikanern (REP) die NPD. Rolf Schlierer, seit dem Putsch gegen Schönhuber 1994, Bundesvorsitzender der Repuplikaner und immer interessiert der Partei ein »modernes nationalkonservatives« Image zu verpassen legt Mitte August ein »Positionspapier« vor, in welchem er schreibt: die Repuplikaner seien der »Hauptfeind« der NPD. Die NPD habe sich durch ihr » demonstrativ zur Schau getragenes ambivalentes Verhältnis zu Rechtsstaaat und Demokratie« und ihre »nationalrevolutionäre« Attitude selbst zur Hauptzielscheibe gemacht und könne deshalb auch »nicht auf Solidarität« hoffen. Die »undifferenzierte Kampagne gegen Rechts (....) erzeuge (...) ein Klima, das etwas mit Pogromstimmung zu tun hat« und »jeden seriösen politischen Ansatz rechts der Mitte werde desavouiere.« Bereits eine Woche vorher äußert sich eine andere Formation der radikalen Rechten - das Bündnis RECHTS (BR). Der Pressesprecher, der kleinen Wählergemeinschaft um den Lübecker Dieter Kern, Thorsten Thomsen äußert sich in gewohnt verunglückter Form. So spricht er diesmal von einer »Verbotskeule« die »morgen die nächsten« mit »voller Wucht« erwischen könne. Zwei Wochen später, am 21.08., erklärt Thomsen dann das der DGB-Nord und die schleswig holsteinische SPD die Urheber der »Gewalt von Links« seien. Geradezu »absurd« sei es »in diesem Klima linker Gewalttaten von einer 'rechten Gefahr' zu reden«, denn »Etablierte Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre wollen so nur von eigenen Versagen ablenken« und von »den gewalttätigen Krawallmachern, die durch ihre Politik herangezüchtet, gehegt und gepflegt wurden.« Aber nicht nur das Bündnis RECHTS sorgte in Norddeutschland für Aufsehen. Das Verbot des Hamburger Sturm 18 um die Nazikader Thorben Klebe, Thorsten Bärtels, Andreas Heine und Jan Steffen Holthusen, bedeutet das Aus für die gleichnamige Zeitschrift. Einen Einfluß auf die Organisationsstruktur der norddeutschen Naziszene scheint es aber nicht zu geben. Ebensowenig hat das Verbot der Blood & Honour Struktur dazu geführt, daß es im Norden keine Haterock Konzerte mehr gibt. Schon zehn Tage nach dem Verbot durch das Bundesinnenministerium konnten über 500 Boneheads im Dörfchen Laave im Landkreis Lüneburg an einem Konzert des Blood & Honour Netzwerkes teilnehmen. Das Konzert wurde zwar aufgelöst, die Nazis haben aber bewiesen, daß sie weiterhin in der Lage sind hunderte Anhänger an den Polizeikontrollen vorbei an beliebige Punkte in der BRD zu dirigieren. Bemerkenswert ist, daß aus der Debatte über Rechtsradikalismus vor allem die, traditionell in Norddeutschland und Hamburg starke, militante Naziszene gestärkt hervorging. Erstmals seit den Tagen der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) steht den »nationalen Sozialisten« um Christian Worch und

Thomas Wulff wieder eine »legaler Arm« zur Verfügung: der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein. Beim Letzten Landesparteitag am 14. /15. Oktober putschten die Worch-Anhänger gegen das Bundesvorstandsmitglied der NPD Ingo Stawitz. Dank der Stimmen der Kreisverbände Neumünster und Bad Segeberg heißt der neue Landesvorsitzende Jürgen Gerg. Der 25jährige Gerg gilt als Anhänger Worchs und stand den Lübecker Jungen Nationaldemokraten vor. Als der Vize von Gerg wurde der Kieler Nazi Peter Borchert gewählt. Wahrscheinlich hatte Worch den Coup gut vorbereitet. Bereits im September gab es ein Treffen der »Revolutionären Plattform in der NPD/ JN«. Bei diesem Treffen auf dem vermutlich vor allem Nazis aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg teilnahmen sollte besprochen werden wie die NPD wieder auf einen radikal »systemkritischen« Weg zu bringen sei, wahrscheinlich war auch der Landesparteitag Gegenstand der Unterhaltungen. In fast allen Verlautbarungen während der Sommer-Debatte hatte die sog. »Freien Nationalisten« (FN) um Worch die NPD dafür kritisiert, daß sie Kompromisse einging und z.B. nicht mehr demonstrierte. Nach dieser Logik waren denn auch die »freien Kameradschaften (...) die einzig ernsthafte Kraft des nationalen Widerstandes.« In ihrer fatalistischen Weltsicht dürfte es besser sein die NPD ließe sich verbieten - jedoch mit wehenden Fahnen. Noch in der September Ausgabe der Deutschen Stimme schwärmt Worch in einem Leserbrief vom »Kampf um die Straße« als »einzig verbliebenen Mittel.« Mit dem Landesverband Schleswig-Holstein hat Worch, nach langer Zeit wieder, ein Werkzeug um seine Vorstellungen vom »politischen Kampf« umzusetzen. Fraglich ist allerdings, ob die Wahl eines Psychopaten wie Borchert in der Landesvorstand nicht fatale Konsequenzen für die »Demokratie-Kampagne« der Bundespartei hat. So ist es auch kein Wunder, dass Udo Voigt bereits fünf Tage nach dem Landesparteitag den kompletten »neuen Landesvorstand« für »abgesetzt« erklärt hat. Und jetzt einen der »Bundesführung« treu ergebenen »provisorischen Landesvorstand« eingesetzt hat.

Eine andere »Partei« ist gerade gescheitert. Die von Manfred Rouhs initiierte Partei PRO-Köln die zur Kommunalwahl in Köln angetreten war, bekam noch nicht einmal 700 Stimmen. Rouhs listet in der Online Ausgabe seiner Zeitschrift Signal (ehem. Europa Vorn!) unter der Überschrift: »Stoppt die Hetze gegen rechts!« auf wer den nun eigentlich verantwortlich für die »Medienkampagne« ist. Natürlich die »amerikanische Ostküste«, also wieder: die Juden. Getreu der alten Nazidiktion vom »ewigen Juden« erläutert Rouhs, ohne das Wort auch nur einmal zu nennen, seiner Leserschaft, daß die Juden die Feinde aller Völker sind. Noch offensichtlicher äußert sich der Hamburger Andre Goertz in seinem Nationalen Infotelephon (NIT). Nach dem üblichen latent antisemitischen Intro, läßt Goertz die Maske vom gemäßigten »progressiven Nationalist« fallen, den jetzt geht es um alles oder nichts: »(...) um den Fortbestand unseres Volkes. Die Feinde Deutschlands sind die Feinde Europas, ja die Feinde aller Völker. Ihre politisch-militärische Macht sind die USA, als die einzig verbliebene Weltmacht und ihr wirtschaftlicher Arm ist die Globalisierung, gesteuert durch die US-Ostküste.« Da ist er wieder, der jüdische »Parasit« der ganze Völker unterjocht und jetzt mittels »Globalisierung« zur Weltmacht greift. Goertz phantasiert weiter: »Am härtesten trifft es dabei Deutschland unsere Heimat! Deutschland ist die stärkste Macht Europas, politisch, wirtschaftlich und insbesondere auch geistig.« Um die »Stärke« des »deutschen Geistes« weiter zu demonstrieren fährt Goertz fort: »Wenn es noch ein Volk auf der Welt gibt, daß das Rüstzeug besitzt, den Plan der Globalisierer zu durchkreuzen dann sind es die Deutschen. Darum setzen die Globalisierer alles daran, Deutschland zu vernichten.« Mithin ist der Artikel ein eindrucksvoller Beleg zumindest für die »geistige« Verfassung des Andre Goertz. Noch schlimmer steht es um Andreas Röhler von der Zeitschrift Sleipnir (Verlag der Freunde), sieht er doch die »westliche Welt (...) u.a. im Rahmen diverser Kampagnen 'gegen Rechts' (...) in ca. 20 Jahren in einem unvorstellbaren Strom von Blut untergehen, gefolgt von einer Zeit der Wirren, wie etwa für die Zeit des Mittleren Reiches des historischen Ägyptens.« Wirre Zeiten dem läßt sich nichts hinzufügen. Zwar nicht aus Ägypten aber zumindest aus den »deutschen Ostgebieten« kommt der Bund der Vertriebenen. In dessen Zeitschrift Deutsche Umschau, schreibt Rolf Dressler über den »vordergründigen Aktionismus« gegen Rechts. Dressler, Chefredakteur des in Bielefeld erscheinenden Westfalen Blattes, fragt sich ob nicht »viele Politiker und andere Laut-Sprecher jahrelang fahrlässig, unterschwellig oder ganz bewußt und unverblümt eine inländerfeindliche Anti-Stimmung geschürt« haben und also »so manchen der verbrecherischen Übergriffe herausfordern.« Die Frage, wer den die »Laut-Sprecher« sind, die die Volksseele so provozieren, beantwortet Dressler im letzten Abschnitt seines Artikels. Nacheinander werden Hendryk M. Broder, die Allgemeine Jüdische Wochenzeitung und der Zentralrat der Juden genannt. Die rechtsaußen Zeitschrift MUT hingegen konstatiert in ihrer September-Ausgabe, unter der Überschrift: »Gegen Rechts. Für Deutschland« mangelnde »Staatlichkeit« in Deutschland. Der »starke Staat« gegen den (braunen) »Mob« ist jedoch nur notwendig, schreibt Horst Hensel, weil sonst »Millionen Türken und andere Ausländer« und »jüdische Organisationen und der israelische Geheimdienst« einen »Bürgerkrieg« anzetteln. Das es überhaupt so weit kommen konnte liegt am »fehlenden« Stolz der Deutschen auf ihr »Vaterland.« Am intensivsten wurde die Debatte im Zentralorgan rechtsradikaler Publizistik geführt, der Jungen Freiheit.(JF) In der letzten August-Ausgabe der Zeitung beklagt Folkmar Koenigs, Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht an der TU Berlin, daß »Rechtsextremismus (...) von Politikern und Medien weitgehend als politischer Kampfbegriff eingesetzt und als Rechtsextremismus alle politischen Vorstellungen, Ziele und Werte angesehen die rechts vom gegenwärtigen Meinungsspektrum (...) im Bundestag (...) liegen.« Koenigs führt weiter aus, daß die »bundesweite Berichterstattung« über rechten Terror »nur noch auf wirklich schwerwiegende Fälle beschränkt werden« sollte um der »Linken« keine Möglichkeit zu geben sich zu produzieren und ihre »Meinungsführerschaft« weiter auszubauen. »Rechtsextreme Gewalttäter« sollten außerdem besonders milde betraft werden, damit sie sich nicht als »Märtyrer« fühlen. In der selben Ausgabe findet sich auch ein Interview mit Günther Maschke. Mascke glaubt zu wissen, daß »Neonazi-Gesinnung« bei Gewalt gegen Ausländer »keine Rolle spielt.« Das ganze sei vielmehr eine Mischung aus »Protest« und »Provokation.« Aber natürlich machen die jungen Nazis auch einiges falsch. Günther Maschke weiß auch was: »Wenn ich für Deutschlands Wiedergenesung bin, dann amerikanisiere ich mich nicht mit den entsprechenden Pullovern, den entsprechenden Aufschriften und dröhne mich nicht mit dieser Musik voll. Ich firmiere nicht in englisch, was ja nun wirklich die Sprache des Feindes ist.« Aber nicht nur die Pull-Over machen der rechten zu schaffen. Die Junge Freiheit stellte einigen prominenten Rechtsradikaken und Sympathisanten die Frage: »Was halten Sie von der Formel 'Kampf gegen Rechts' ? wird hiermit nicht die Hälfte des demokratischen Spektrums pauschal diskriminiert, obwohl es in Wirklichkeit um Kampf gegen Extremismus bzw. Gewalt geht?« Für die

Anti-Antifa Frontfrau der CDU im Bundestag Vera Lengsfeld, die sich derweil auch im neurechten Institut für Staatspolitik engagiert, ist die ganze »Debatte« schief. Peter Michael Diestel ist für »mehr Toleranz« bei Begriffen wie: »Nation, Heimat und Vaterland«. Der Ex-Generbundesanwalt Alexander von Stahl hält »diesen ganzen Aktionismus für eine relativ gefährliche Entfachung von Massenhysterie.« Der Tenor ist denn auch bei fast allen Befragten gleich: daß die Debatte einzig und allein dazu diene die »demokratische Rechte« zu schädigen. Im Oktober schließlich resümiert Michael Wiesberg in der JF, daß Deutschland immer weiter nach links »driftet«. Für ihn trägt die »Kampagne (...), alle Kennzeichen linksextremistischer Agitation.«

... und nach dem Sommer

Der Sommer ist vorbei und die antifaschistische Bewegung ist wieder auf sich selber zurückgeworfen. Die optimistische Einschätzung während des Sommers, die Linke könnte über die mediale Aufmerksamkeit (die zumindest antirassistische und antifaschistische Projekte/ Gruppen kurzzeitig hatten) versuchen den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen, hat sich als falsch erwiesen. Die radikale Linke hatte auf die Debatte den selben Einfluß wie auf die Pogrome zum Anfang der Neunziger oder die faktische Streichung von Artikel 16 GG - überhaupt keinen. Die zwei positiven Effekte der »Sommerloch-Antifa« sind, daß wenigstens einige Opfer rechter Gewalt etwas Aufmerksamkeit hatten und das ein wenig mehr Geld für einige Projekte zur Verfügung steht. Etwaige Umarmungsversuche mit der »zivilgesellschaftlichen antifaschistischen Einheitsfront« der »Neuen Mitte« können bestenfalls zu einer Neuauflage der unsäglichen Lichterketten führen. Die antifaschistische Bewegung, deren momentane Schwäche auch nur Ausdruck der Schwäche der Linken ist, müßte also ihre Politikformen so wählen, daß sie die »Neue Mitte« eben nicht vereinnahmen kann. Sei es der kleine Riot vor'm Abschiebeknast oder das abfackeln ostdeutscher Nazijugendzentren. Die Erfahrungen aus anderen westeuropäischen Ländern zeigen, daß antifaschistischer Widerstand immer dann erfolgreich war er für die Nazis auch praktisch zu spüren war. Oder um mit Antonio Negri zu sprechen: »Militanz ist heute eine postive, konstruktive und innovative Aktivität.«

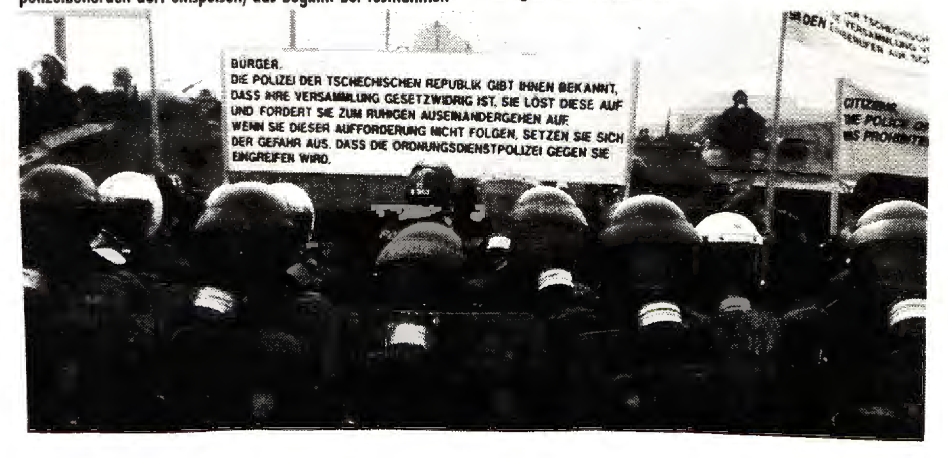
(stand: mitte oktober 2000)

Dokumentation:
Das Treffen der Weltbank und dem IWF in Prag stören

unter dem motto „iwf und weltbank in prag und anderswo angreifen" und „das europa der bullen, banken und rassisten zerschlagen – den eu-gipfel in biarritz am 13./14. oktober sabotieren!" – haben wir in der nacht zum 26. september 2000 im hamburger stadtteil niendorf eine filiale der dresdner bank mit steinen und farbflaschen angegriffen. diese filiale war übrigens bereits im juni 1999, anlässlich des damaligen eu-gipfels in köln, ziel eines angriffs von uns.
wir fordern alle auf das europa der herrschenden anzugreifen!
für ein selbstbestimmtes leben, ohne ausbeutung und unterdrückung und im einklang mit der natur kämpfen.
zusammen kämpfen – alle!
autonome zelle „in gedenken an ulrike meinhof"
(ulrike meinhof wurde in der nacht zum 08.05.76 im knast von stuttgart-stammheim ermordet)

Dokumentation II:

am 07. Und 08. Dezember 2000 wird sich anlässlich des eu-gipfels in nizza die herrschende elite treffen, die weltweit mitverantwortlich ist für massenhafte ausbeutung, unterdrückung, hunger, elend und rassismus und kriege, folter und tod.
wir haben mit unserer kampagne „das europa der bullen, banken und rassisten angreifen" heute einen weiteren versuch gestartet, kontinuierlich an diesem anti-eu-projekt mitzuwirken.
nachdem wir am 26.sept.00 (anlässlich der iwf tagung in prag) eine dresdner bank in hamburg niendorf mit steinen und farbflaschen angriffen, besuchten wir in der nacht zum 05.oktober 00 die örtliche polizeiwache in bönningstedt (im kreis pinneberg).
dort deponierten wir vor dem eingangsbereich eine zum sprengsatz umfunktionalisierte gaskartusche mit mehreren brandflaschen drumherum die wir schliesslich mit hilfe von brennpaste zur detonation brachten.
der bullenapparat ist nicht nur in der brd als solches, ein wesentlicher faktor zur sicherung und durchsetzung kapitalistischer und rassistischer interessen, nein, er ist über all die jahre hinweg zu einem riesengrossen europäischen sicherheitsnetz geworden: dem europol! bereits in den siebziger jahren forderten vor allem deutsche polizeiobrigkeiten eine zentrale europäische polizei.
damals forderte der „bund deutscher kriminalbeamter", das konzept einer „zentralen europäischen polizei mit eingriffsbefugnissen in den mitgliedsstaaten" eines sog. euro fbi.
über die jahre gab es immer wieder versuche einzelner staaten, diese eurocopeinheits idee voranzutreiben und zu ralisieren, aber der eigentliche wirklich bemerkbare vorstoss zu europol kam im juni 1991 auf einer tagung des europäischen rates in luxemburg, durch den damaligen bundeskanzler helmut kohl. Im alleingang und somit ohne jegliche abstimmung mit dem deutschen innenministerium machte er mehrere vorschläge, die im grunde alle in den darauffolgenden jahren realisiert wurden.
einer davon war „unter der berücksichtigung des anstiegs der organisierten kriminalität, eine zentrale analyseeinheit und eine europäische ermittlungsbehörde", aufzubauen. Heute läuft unter dem sis (schengener informations system), alles über den computerbildschirm, was die jeweiligen polizeibehörden dort einspeisen, das beginnt bei festnahmen und geht über einreiseverweigerung bis hin zu sog. gefahrenabwehr und somit verdeckte registrierung.
in fast allen europäischen ländern der eu fand seit den siebzieger jahren eine vergleichbare entwicklung statt.
überall wurde ein klima geschaffen, wo die möglichkeit bestand, verfassungsmässige grundrechte in sonderfällen vollig legal ausser kraft zu setzen, das waren dann die sog. notstandsgesetze.
auch die einführung von erweiterten sondergesetzgebungen für migrantinnen war ein wichtiger punkt. der themenkomplex „innere sicherheit", wurde so mehr und mehr schwerpunktthema der staatlichen propaganda und in der innenpolitik der bundesrepublik deutschland. und im zuge der herrschenden sicherheitspolitik wurden u.o. staatliche befugnisserweiterung zur sog. „strafverfolgung" und „gefahrenabwehr" eingeführt bze. legalisiert, das reicht von der raster bis hin zum lausch- und spähangriff und den online anschlüssen der polizei und des nachrichtendienstes an das ausländerzentralregister. und gerade das ist nur ein teil der spitze des eisberges, in der politik der brd gegenüber flüchtlingen.
die seit jahren betriebene politik mit der angst vor „asylantenflut, asylbetrügern, kriminellen ausländern", hat ja längst gegriffen. ihren ersten grossen „erfolg" konnte diese politik der verunsicherung mit der faktischen abschaffung des asylgrund"rechts" im jahre 1993 einfahren.
fataler ausdruck dieser rassistischen politik sind nicht zuletzt die schon kaum mehr zählbaren bullenübergriffe und faschistischen gewaltakte gegenüber migrantinnen und all jenen, die sich dieser brutalität gegenüberstellen und wehren.
mittlerweile herrscht ja hier in der bundesrepublik ein rassistischer normalzustand, der durch massive unterstützung und eigener mitarbeit der polizeieinheiten dazu beiträgt, dass es nur schwer möglich ist ihn (nämlich diesen zustand) zu durchbrechen.
aber nichtsdestotrotz gibt es überall auf der welt menschen, die sich solchen zuständen widersetzen.
menschen, die es halt nicht hinnehmen wollen und werden, dass flüchtlinge abgeschöben werden und auf dem weg dorthin in bullengewahrsam ermordet werden, die es nicht akzeptieren werden, wenn waffenlieferungen in den folterstaat türkei verschifft werden, die neuesten bio-gentechniken und hightechscheisse um sie herum schwirrt, die es nicht stillschweigend hinnimmt, dass immer noch genossen und genossinnen überall auf der welt im knast sitzen, weil sie aufgestanden sind um gegen ausbeutung und unterdrückung, rassismus und sexismus zu kämpfen
wenn wir sagen:"das europa der bullen, banken und rassisten angreifen", dann meinen wir auch auf allen ebenen und mit allen mitteln.
wir fordern die sofortige freilassung der politischen gefangenen aus der raten-armee-fraktion, die immer noch in deutschen knästen sitzen.
freiheit für brigitte manhaupt, rolf heissler, rolf clemens wagner, eva haule, christian klar, adelheid schulz und birgit hogefeld.
bekämpfen wir den imperialismus, den rassismus und das weltweit operierende kapital!
zusammen kämpfen – alle!
autonome zelle „in gedenken an ulrike meinhof"
(ulrike meinhof wurde in der nacht zum 08.05.76 im knast von stuttgart stammheim ermordet)



Lufthansa klagt gegen kein mensch ist illegal

Es ist eine Erklärung, die es in sich hat. Mit Schreiben vom 9. Oktober verlangt die Deutsche Lufthansa AG von ihren unliebsamen Kritikern nichts weniger, als sich zu »unterwerfen«. Für Juristen ist das Alltagssprache, zumal wenn es um zivilrechtliche Verfahren und die in diesem Milieu so beliebten Abmahnungen geht. Beklagt wird die »Nutzung der für unsere Mandantin typischen Farben blau/gelb«, die »Verwendung des für unsere Mandantin typischen Schriftzuges« bis hin zu: »Einsatz und Manipulation der für unsere Mandantin eingetragenen Marken.« Der Rest ist dann nur noch Formsache: Lufthansa werde in eine Ecke mit nationalsozialistischen Organisationen gestellt, obwohl die Abwicklung einer Abschiebung doch den Endpunkt eines rechtsstaatlich abgewickelten Verfahrens darstelle. Und was die Anwälte des gekränkten Kranichs daraus dann folgern, klingt noch simpler: Alle inkriminierten Inhalte sollten »unverzüglich aus dem Internet entfernt werden«.

Stein des Anstosses ist eine Ausstellung auf der URL: »http://www.stadtrevue.de /kmii/frame/pla00.htm«. Zu sehen ist dort politische Plakatkunst, die hart ins Gericht geht mit der Praxis der Lufthansa, Plätze auf Linienflügen für Abschiebungen in alle Welt zur Verfügung zu stellen. Am 16. Oktober verstrich das Ultimatum, das die Anwälte der Deutschen Lufthansa AG der »Kölner Stadtrevue« und einem Aktivisten von »kein mensch ist illegal« stellten. Die beiden Beklagten blieben hart und weigern sich die Ausstellung vom Webserver zu nehmen. Sie sprechen von eine »dreisten Angriff auf die Freiheit der Kunst« und schalteten ihre Anwälte ein. Was nun vermutlich folgen wird, ist eine politische und juristische Auseinandersetzung, die fast genau zehn Jahre nach dem Beginn der legendären McLibel-Kampagne das Zusammenwirken von Netzaktivismus und konzernkritischer Imageverschmutzung auf eine erneute Probe stellen könnte.

Anfang diesen Jahres hatte »kein mensch ist illegal« Künstler dazu aufgerufen, sich an einem etwas außergewöhnlichen Wettbewerb zu beiteiligen: Gesucht wurden Plakatentwürfe, die sich kritisch mit der Abschiebepraxis der Lufthansa auseinandersetzen. Anlass war der Tod des sudanesischen Flüchtlings Aamir Ageeb an Bord des Lufthansafluges LH558 von Frankfurt nach Kairo. Drei Beamte des Bundesgrenzschutzes hatten den 30jährigen Sudanesen so brutal misshandelt, dass er erstickte. Die Grenzschützer hatten ihm einen Motorradhelm aufgesetzt, ihn an Händen und Füßen gefesselt und beim Start der Maschine mit aller Gewalt seinen Kopf zu den Knien gedrückt. Bei einer Zwischenlandung in München konnte dann nur noch die Leiche von Ageeb ausgeschafft werden.

Während dieser Vorfall die bundesdeutsche Öffentlichkeit vergleichsweise kalt liess, rief die Ausschreibung des Plakatwettbewerbs ein unerwartet großes Echo hervor. Aus den zahlreichen Einreichungen kürte die Fachjury einen Siegerbeitrag, die besten Entwürfe wurden außerdem in eine Ausstellung aufgenommen, die seit Anfang Mai auf mehrere Monate im Voraus ausgebucht ist und durch Deutschland und europäischen Nachbarländer tourt. Zu sehen sind Entwürfe, die einen interessanten Einblick in die aktuelle, politisch motivierte Plakatkunst geben. Manche Beiträge orientieren sich am sicherlich bekanntesten Vertreter des Genres, Klaus Staeck, der in den 70er und 80er Jahren aktuelle politische Auseinandersetzungen in pointierten, Montagen aufgriff, um seinerzeit populäre Misstände anzuklagen. Andere Plakatentwürfe benutzen Techniken, wie sie von »Adbusters« in den USA kultiviert wurden. Dabei geht es darum, mit geringst möglichem Aufwand die kommerzielle Werbebotschaft umzukehren: Gesucht wird der kritische Moment, dessen taktische Wendung das gesamte Beiwerk zum Einsturz bringt. Adbusters hatten diese Technik in den 80er Jahren vor allem an großen Werbeflächen im öffentlichen Raum erprobt, wo oft nur einzelne Wörter oder gar Buchstaben manipuliert werden mussten, um die gesamte Konzernpolitik zu desavouieren.

Mit den digitalen Bildbearbeitungswerkzeugen und der Webpräsenz der Unternehmen ist dies heutzutage natürlich keine große technische Herausforderung mehr. Die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« konnten vor dem Start ihrer Kampagne gegen die »Deportation.Class« der Lufthansa dank des Plakatwettbewerbes im März 2000 auf eine Vielzahl von grafischen Elementen zurückgreifen, die später nach dem Baukastenprinzip miteinander kombiniert und neuzusammengesetzt wurden. Der Wettbewerb war kein üblicher Ausscheidungswettkampf, denn am Ende gab es ausschließlich Sieger. Eine typische »Win-win-Situation« würden die Kollegen aus den Agenturen wahrscheinlich dazu sagen. Für die Aktivisten war dies um so wichtiger, als in den traditionellen politischen Kontexten üblicherweise ein akuter Bildermangel herrscht. Texte gibt es in der Regel zuhauf: Flugblätter, Pamphlete, Presserklärungen - meistens viel zu lang und selten auf den Punkt gebracht. Für die »Deportation.Class«-Kampagne dagegen konnte »kein mensch ist illegal« aus einem unerschöpflichen Fundus von mehr oder weniger gelungenen Ideen, Slogans und Persiflagen schöpfen, deren grafische Umsetzung entweder schon einmal angedacht war oder einfach auf der Hand lag. Das kollektive Brainstorming vor der öffentlichen Präsentation der Kampagne auf der Internationalen Tourismus-Börse löste darüberhinaus einen kreativen Boom aus: Online und offline, auf Webseiten und auf Zeitungspapier, in Filmspots und kleinen Animationen wurden die Kampagne in die verschiedensten Richtungen weiterentwickelt. Eine »Corporate Identity«, wie sie bei NGO-Kampagnen noch als das Gelbe vom Ei gilt, war nicht nötig: Darum kümmerte sich ja mit einem immensen finanziellen Aufwand der Lufthansa-Konzern mit seinen professionellen Angestellten und immensen Ressourcen. Was die Aktivisten zu besorgen haben, ist Kommunikationguerilla: Unter schonendem Einsatz der Kräfte immer dort auftauchen, wo der Gegner einen gerade nicht vermutet. Auch wenn nur kurz nach dem Ende des Toywar, die Analogie eines Airwar nahe lag, wurde nicht Krieg gespielt, sondern Theater: Mit Aktionen, die eher Performances waren als herkömmliche Demonstrationen liessen die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« bislang kaum eine günstige Gelegenheit aus, auf den zwischenzeitlich auch juristisch äußerst fragwürdig gewordenen Transport von Zwangspassagieren per Linienflug hinzuweisen: Vor Reisebüros und an Flugschaltern, vor den konzerneigenen Fortbildungszentren und an Flugschulen, auf Fachmessen und am Lufthansa-Partnertag auf der Expo tauchten die Aktivisten auf, um zumindest für Verwirrung zu sorgen. Am Hamburger Flughafen zum Beispiel tarnten sie sich im April als Mitarbeiter einer Werbeagentur die unter Lufthansa-Kunden eine Umfrage startete, inwieweit Passagiere der Business oder Economy Class auch einmal bereit wären, in die Deportation.Class umzusteigen. Die meisten Befragten wollten dies nicht ausschließen: »Wenn's billiger ist, warum nicht?«

Informationsmaterial wurde den schon größere Frustrationen gewohnten Flugblattverteilern aus den Händen gerissen. Und nicht gerade selten kam es zu überraschendem Feedback in den Lufthansa-Call-Centern, wo die Mitarbeiter wahrscheinlich wohl für längere Dementis umgeschult werden mussten, nachdem in zahlreichen Städten in Reisebüros An-

fang April auf einmal fingiertes Werbematerial für die »Deportation.Class« auflag: »Buchen Sie Lufthansa Deportation Class«, stand auf dem Prospekt. »Hier bieten wir Ihnen bis zu 30 Prozent Preisnachlass auf alle Flüge, weil ein abgetrennter Bereich der Maschinen für Rückführungen von abgewiesenen Asylbewerbern reserviert ist.« Versprochen wurden »Warte-listenpriorität« und eine »erhöhte Freigepäckmenge«. Der Deutschen Lufthansa AG blieb nichts anderes, als sich am 11. April in einer elig einberufenen Pressekonferenz von der »zynischen und menschenverachtenden Machart« zu distanzieren. Der Flugblätter wohlgemerkt, und nicht der Abschiebpraxis. Trotzdem: Es stand Eins zu Null für die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« und die Bildzeitung prägte die inzwischen legendäre Schlagzeile: »Arme Lufthansa!«

Unterstützt von soviel Rückenwind holten die Aktivisten von »kein mensch ist illegal« zum großen Schlag aus: Die jährliche Aktionärsversammlung am 15. Juni im ICC Berlin drohte zwischenzeitlich fast im Chaos zu versinken, nachdem »kein mensch ist billegal« und »Kritische Aktionäre« Aktienpakete in Höhe von mehreren Millionen Mark erworben hatten oder übertragen bekamen. Auf der Hauptversammlung und in der Medienberichterstattung am nächsten Tag schien es fast nur noch ein Thema zu geben: »Deportation.Class« und ihre schädlichen Auswirkungen für das Image der Fluglinie, der gerade den Umbau zur »Eviation«-Konzern betreibt. Unter die Proteste mischten sich aber auch versöhnliche Töne. Nachdem am Ende der Versammlung Lufthansa-Chef Jürgen Weber mit rotem Kopf bekannt gab, der Vorstand werde auf höchster Ebene mit dem Innen- und dem Verkehrsministerium über eine Entbindung von der Transportpflicht für die sogenannten »Schüblinge« verhandeln, war eine Entspannung des Konfliktes in Sicht. Lufthansa hatte sich bei Teilen der Aktivisten sogar gewissen Respekt verschafft, indem die Webadresse der Kampagne im Rahmen einer Antragsbegründung nicht nur per Post an Zigtausende von Aktionären in der ganzen Welt verschickt wurde, wie dies laut gültigem Aktienrecht unausweichlich ist, sondern auch direkt vom Webserver der Lufthansa aus verlinkt wurde - beileibe keine Selbstverständlichkeit.

Umso größeres Unverständnis löst jetzt der juristische Gegenangriff der Lufthansa AG aus. Wirklich erklären kann sich niemand den Hintergrund der »blindwütigen Attacke«, wie Jan Hoffmann, ein Sprecher von »kein mensch ist illegal«, die Abmahnung von Anfang Oktober nennt. Lufthansa werde sich wieder einmal einen Bärendienst erweisen, ist die eine Vermutung. »Die Einleitung gerichtlicher Schritte wird zu nichts anderem als zu einer weiteren Verbreitung konzernkritischer Inhalte führen«, sagt Hoffmann. Die Lufthansa AG solle sich besser um ihr angekratztes Bild in der Öffentlichkeit - nicht zuletzt im Ausland - sorgen, statt KritikerInnen der Abschiebepraxis mit horrenden Schadensersatzforderungen zu bedrohen. »Der Konzern muss die Abschiebungen in der Deportation.Class stoppen - nicht die Ausstellung!« Andere Aktivisten sehen einen radikalen Kurswechsel, der womöglich bei Gesprächen zwischen Innenminister Schily und Lufthansa-Chef Weber zum Thema Abschiebungen in Lufthansa-Maschinen eingeleitet worden sei. Ende September fanden dem Vernehmen nach die auf der Hauptversammlung angekündigten Gespräche auf höchster Ebene statt. Die Frankfurter Rundschau berichtete, »schwere Bedenken von Luftrechtsexperten gegenüber zwangsweisen Flug-Abschiebungen haben das Bundesinnenministerium verunsichert«.

Was in den Kölner Konzernetagen der Lufthansa womöglich als Befreiungsschlag gegenüber den missliebigen Angriffen der Aktivisten gedacht war, könnte sich allen Erfahrungen nach sehr schnell als Eigentor erweisen. »kein mensch ist illegal« kündigte an, sich von den Drohungen mit hohen Schadensersatzforderungen sowie langwierigen und kostspieligen Prozessen nicht einschüchtern zu lassen. Die Ausstellung werde nicht vom Netz genommen, beschloss auch der Domain-Name-Inhaber »Kölner Stadtrevue«. Zusätzlich dürfte eine Mirror-Kampagne für eine möglichst weite Verbreitung der Ausstellungsplakate sorgen. »kein mensch ist illegal« gibt an, schon vor dem offiziellen Start der Mirror-Aktion Dutzende von Angeboten aus aller Welt erhalten zu haben, der Ausstellung »politisches Asyl« zu gewähren. Die Drohgebärden der Lufthansa, die sich überraschenderweise gar nicht einmal gegen die eigentliche Plakatausstellung, die zur Zeit in der Kunsthalle Exnergasse in Wien zu sehen ist, sondern ausschließlich auf die Webpräsenz der Plakate gemünzt ist, werden den Konflikt »von den Flughäfen und Reisebüros ins Internet verlagern«, heisst es in Aktivistenkreisen. In den letzten Monaten hätte sich die Kampagne eingehend mit den Chancen und Möglichkeiten elektronischer Protestformen beschäftigt. »Dass die Lufthansa uns jetzt so einen Steilpass zuspielt«, habe sich aber niemand vorstellen können.

Links

http://www.stadtrevue.de/kmii/frame/pla00.htm (Ausstellung (original)

http://www.contrast.org/borders/kein (kein mensch ist illegal)

http://www.deportation-alliance.com (Internationale Plattform der Anti-Abschiebungsaktivisten)

http://www.deportation-alliance.com/LH Deportation.Class (kampagne gegen Abschiebungen mit der Lufthansa)

Sexismus-Debatte

Der ZECK ist ein Beitrag unter dem Titel „Kritik und Perspektiven antisexistischer Arbeit" der Gruppe „AC/PC & H.A.R.A.K.I.R.I. GmbH" mit der Bitte um Abdruck zugegangen.

Der Artikel setzt sich mit Formen und Inhalten der Sexismus-Debatte innerhalb autonomer bzw. radikaler linker Zusammenhänge auseinander. Nach einer Diskussion in der Redaktion haben wir uns entschlossen, diesen Text nicht abzudrucken und ihn stattdessen über die Ordner Interessierten zugänglich zu machen. Entgegen unserer sonst geübten Praxis möchten wir dazu noch einige Anmerkungen machen.

Allzu groß ist die Vielfalt im linksradikalen Zeitungswesen im Gegensatz zur Situation von z.b. Anfang der 90er Jahre nicht mehr, in Hamburg ist der Markt sehr „übersichtlich" geworden. Wenig Vielfalt bedeutet für die verbleibenden Redaktionen so eine Art Monopolstellung. Gleichzeitig versteht sich nun die ZECK nicht als eine Art Agentur, die alles auf den Markt der Meinungen wirft, sondern als Redaktionskollektiv, das sich die letzte Entscheidung über die in die ZECK zu gelangenen Beiträge vorbehält. Normalerweise interessiert das ja auch niemanden so richtig, lediglich in kontroversen Fällen beklagen die einen „Zensur", während die anderen „Zensur" einfordern. Besonders gerne werden diese Rituale im Zusammenhang mit Sexismusdikussionen in unseren Zusammenhängen geübt. Womit wir beim Thema wären: der uns zugegangene Text setzt sich mit den in linken Zusammenhängen geführten Sexismusdebatten auseinander. Wir halten diesen Ansatz für ausgesprochen wichtig, besonders, weil die VerfasserInnen des Textes eine Auseinandersetzung nicht wegen irgendeines „Vorfalls" initiieren wollen, sondern es ihnen ein grundsätzliches Anliegen ist, eine kontinuierliche Debatte und Bewußtwerdung anzuschieben. Jenseits dieses Anspruchs halten wir die inhaltliche Konsistenz des Textes jedoch für unzureichend. Zentrales Argument des Textes ist die Analyse, daß innerhalb der Sexismusdebatten sich die Auseinandersetzungen am biologischen Geschlecht orientieren würden. Das würde zu einer Reproduktion patriarchaler Logik unter umgekehrten Vorzeichen führen, indem z.B. die Definitionsmacht von Frauen, die Reduktion von Geschlecht auf die sexuelle Orientierung mit einer Wertung lediglich selbst wieder sexistische und dominazfördernde Strukturen etablieren würden. Entwickelt und ausführlicher formuliert wird diese Positionierung anhand von 14 Thesen, dem dann ein etwas kurz geratener Teil „Konsequenzen" folgt.

Wir hatten bei der Textlektüre und der anschließenden Diskussion den Eindruck, daß die VerfasserInnen da irgendwie in ihrer Auseinandersetzung mit dem Thema auf ‚gender'-Texte gestoßen sein müssen und nun feststellen, wie unzureichend doch die Sexismusdebatten in unseren Strukturen geführt werden. Produktive Theorieanstösse sind das eine, eine praktische Politik damit zu begründen, ist das andere. Für uns blieb am Ende nur ein Angriff auf aus sehr konkreten Auseinandersetzungen herausgearbeiteten Essentials wie der Definitionsmacht von Frauen darüber, was sexistische Gewalt ist, über. Das mag nicht das Ziel des Textes gewesen sein, in seiner Wirkung blieb das aber so stehen. Und das soll denn so nicht in der ZECK stehen. Sollte sich über die Niederlegung des Textes in den Ordner eine Debatte entzünden, so wird die ZECK dann sicherlich ein möglicher Ort dafür sein.

Die Redaktion

buch- und Infoladen
schwarzmarkt

BUCHTIPS

kleiner schäferkamp 46 | 20357 hamburg
tel 040 44 60 95 | fax 040 410 81 22



Theorie des Faschismus - Kritik der Gesellschaft

„Ohne eine Theorie des Faschismus kann es auch heute keine Kritik der Gesellschaft geben". Diese These ist Ausgangspunkt des zweiten Buches der jour-fixe-initiative Berlin. Die AutorInnen greifen dabei vor allem auf die kritische Theorie und auf die poststrukturalistischen Ansätze zurück. Die Stärke dieses Buches besteht darin, unterschiedliche Theorien miteinander zu verbinden. Desweiteren finden sich auch Aufsätze über den Zusammenhang von französischem Nationalismus und Antisemitismus sowie über die Repräsentation von Auschwitz im Science-Fiction Genre. Mit Beiträgen von Moshe Zuckermann, Enzo Traveso, Udo Wolter u.a.
Jour-Fixe-Initiative- Berlin (Hg.)
Unrast Verlag

Das Tagebuch 1933 - 1945. Eine Auswahl für junge Leser

„Ich sehe einen neuen Hitlerismus kommen" notierte Victor Klemperer kurz nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Mit Hitlerismus meinte er, daß im befreiten Deutschland das Nazidenken und -handeln fortdauere. In seinen Tagebuch-Aufzeichnungen beschreibt der als geborene Jude zwangsemeritierte Professor die alltägliche Etablierung und Manifestierung des Dritten Reichs. Tag für Tag hielt der in Dresden Lebende den Alltag der Judenverfolgung und des erwachenden Deutschlands fest. Das Besondere seiner Chronik ist das „Alltägliche". Die kleine Auswahl aus den mehrbändigen Dokumenten gibt einen tiefen Einblick in die deutsche Gesellschaft. Die Kommentierung ergänzt die Notizen.
Victor Klemperer
Aufbau Taschenbuch Verlag

Va Banque - Bankraub, Theorie, Praxis, Geschichte

„Ich wollte alles nur nicht diese schreckliche Krankheit, die sich Arbeit nennt." Mit diesen Worten reflektiert der mehrfache Bankräuber Jaques Mesrine seine Taten. Neben diesen und anderen Anekdoten bieten die AutorInnen einen Einblick in die Geschichte des Bankraubs. Die Bandbreite reicht dabei von Wild-West-Banden über Bonnie und Clyde bis hin zur Bewegung 2. Juni. Außerdem wird der Bankraub unter sozialwissenschaftlichen, kulturwissenschaftlicher und anti-kriminalistischen Aspekten untersucht. Auch die Praxis kommt dabei nicht zu kurz. Lesenswert.
Klaus Schönberger (Hg.)
VLA/ Schwarze Risse/ Rote Strasse

19.11.2000 Kleiner Schäferkamp 46

Schwarzmarkt goes „Drinks and Readings"

Buchvorstellung: Va Banque

Wer gewinnt ist offen - wer die Sympathien hat, nicht.

Politik kostet Geld - militante Politik kostet mehr Geld. Nur der geworfene Stein ist kostenlos, auch der Molli hängt kaum vom Spritpreis und dem der Pfandflasche ab. Utensilien zum Fälschen von Papieren sind schon teurer, illegale Wohnungen und Autos erst recht. „Woher nehmen, wenn nicht stehlen?" ist wohl eine überflüssige Frage für die Stadtguerillagruppen gewesen, besonders bei der Einstellung, daß - im Gegensatz zur kapitalistischen Normalität -für Geld niemand dran glauben sollte. Und wo liegt das Geld? Auf der Bank!
Die Zusammenhänge, Hintergründe und Geschichten um das Thema >>Banken<< der Bewegung 2. Juni werden am 19.11.2000 im Rahmen einer Buchvorstellung mit Klaus Viehmann erläutert.

16.00 - 18.00 stöbern und tratschen im Schwarzmarkt
18.00 - 19.30 >>Banken<< der Bewegung 2. Juni (Klaus Viehmann)
19.30 - später D.J. Soulcialist am Plattenteller und Cocktails von der Bar

Öffnungszeiten:
Mo / Mi / Fr:
von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa: von 12.00 - 15.00 Uhr

Schwarzer Hahn Lensian

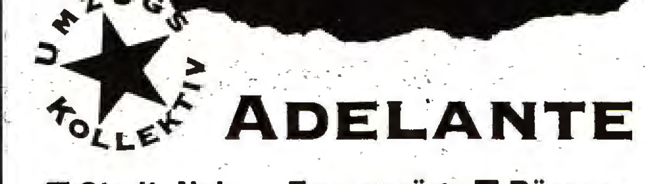


Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de





UMZUGS KOLLEKTIV

ADELANTE

■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beiladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040/43 25 16 17

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken

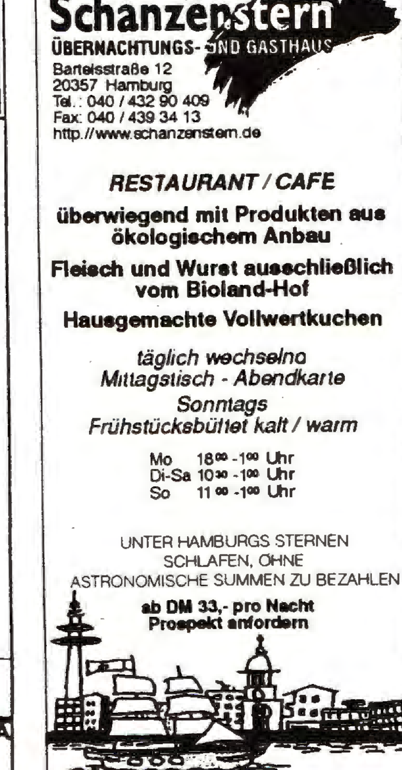




im **FRITZ BAUCH**

KETZER

CAFE BAR
JULIUSSTRASSE 29A
22769 HAMBURG
PHONE 4398014



Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:

- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon:040.446099 fax:040.4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Rote Flora im November 2000

...auch im 12. Jahr UNVERTRÄGLICH®

Donnerstag	02.Nov.	HC-Konzert mit Dystopia (USA)	21 Uhr
Freitag	03. Nov.	i-Livity Soundsystem, Gewinner des letzten Sounsclash wird mit Roots&Culture und sehr viel Bass das Babylonische System erzittern lassen	23Uhr
Samstag	04.Nov.	LesBiSchwuler Kellerclub noHouse / noTechno	23Uhr
Dienstag	07.Nov.	Dubcafe® Roots Commandment	18-23Uhr
Samstag	11.Nov.	Stadtteilrundgang (siehe Kurzmeldungen)	12Uhr
		Vollmond Orchester (große Halle)	21Uhr
		Konzert mit fast times (hc/usa), einer muß tot (geprügel mit mosh/lübeck), no 2nd time (political old school mosh/aurich), sinceritiy (jouthXerew hc/werne) basement	21.30Uhr
Dienstag	14.Nov.	Dubcafe® weed acoustix	18-23Uhr
Freitag	17.Nov.	King Original Sound (London) Dubpflichttermin!	23Uhr
Samstag	18.Nov.	karoshi auf der afterworkparty releasparty karoshi no. 5; ab 20.15 präsentiert Hito Steyerl den österreichischen SiFi-Wiedergutmachungsfilm von 1953 „1.April 2000" mit Hans Moser u.a.. Danach House, Minimal, Jazz und kusheirock mit Überraschungsgästen; DJ Pussa und DJ Luka Skywalker - remember: karoshi is for lovers!	20.15Uhr
Dienstag	21.Nov.	Dubcafe® Ire Hifi	18-23Uhr
Donnerstag	23.Nov.	HC-Konzert mit Lumen (Prag) und Katzenstreik&Son My	21Uhr
Freitag	24.Nov.	PULSe - Drum'n Bass und Techno two-floors Rinceout Soundsystem incl. Bitter&Twisted, DJ Sport, DJ Nelson and more	23Uhr
Samstag	25.Nov.	17 Jahre 17° sind genug! Soli-Konzert	22Uhr
Dienstag	28.Nov.	Dubcafe® Ital-Acoustic	18-23Uhr
Donnerstag	30.Nov.	HC/Electro-Konzert mit Craving (Bonn) und Tokyo Baby Kill (Odenwald)	21Uhr

Regelmäßige Termine

Montag......................Kochsession 18-22 veganes Essen ab 20Uhr

Montag....offene Motorradwerkstatt, schrauben und klönen ab 17Uhr

Montag und Donnerstag...Archiv der Sozialen Bewegung, Tel. 433007, Fax 43254754, 16-19Uhr (1.Stock)

Dienstag....................Dubcafe®

Donnerstag................veganes Kochkollektiv ab 19Uhr

Ahoi im November 2000

(Termine lagen bei Redaktionsschluß leider nicht vor, bittet informiert Euch z.B. über den Bewegungsmelder!)